

REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau
Telefon 062 835 12 40, Fax 062 835 12 50
regierungsrat@ag.ch
www.ag.ch/regierungsrat

A-Post Plus
Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern

8. Mai 2024

Bundesgesetz über die Zustellung von Sendungen an Wochenenden und Feiertagen; Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 14. Februar 2024 wurden die Kantonsregierungen eingeladen, zum oben genannten Geschäft Stellung zu nehmen. Der Regierungsrat des Kantons Aargau bedankt sich für diese Möglichkeit und äussert sich wie folgt:

Der Regierungsrat stimmt dem Bundesgesetz über die Zustellung von Sendungen an Wochenenden und Feiertagen zu. Es dient der Vereinheitlichung der Fristenberechnung in der schweizerischen Rechtsordnung.

Die kantonalen Rechtsgrundlagen wurden auf einen Revisionsbedarf geprüft. Das Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege (Verwaltungsrechtspflegegesetz, VRPG) verweist in § 28 Abs. 1 für die Berechnung der Fristen auf die Schweizerische Zivilprozessordnung (Zivilprozessordnung, ZPO). In sämtlichen Verwaltungs- und Verwaltungsjustizverfahren im Anwendungsbereich des VRPG besteht daher kein Anpassungsbedarf, sofern die Spezialgesetze keine speziellen Fristen- oder Zustellungsregelungen enthalten, da die neue Zustellungsregel der ZPO aufgrund des Verweises in § 28 Abs. 1 VRPG in diesen Verfahren Anwendung findet.

Einzig im kantonalen Steuergesetz (StG) bestünde bei einer Annahme des Bundesgesetzes allenfalls Anpassungsbedarf, da dieses eine spezialgesetzliche Fristenregelung enthält. In diesem Fall würde eine vertiefte Prüfung des Anpassungsbedarfs und gegebenenfalls zwecks Vereinheitlichung der Rechtsordnung eine Revision des StG erfolgen.

Bei Fragen können Sie sich an Sarah Dodd, Departement Volkswirtschaft und Inneres, Leiterin Rechtsdienst, wenden (sarah.dodd@ag.ch; 062 835 15 68).

Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats

Dr. Markus Dieth
Landammann

Joana Filippi
Staatsschreiberin

Kopie

- cornelia.perler@bj.admin.ch



KANTON
APPENZEL INNERRHODEN

Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei
Marktgasse 2
9050 Appenzell
Telefon +41 71 788 93 11
info@rk.ai.ch
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Per E-Mail an
cornelia.perler@bj.admin.ch

Appenzell, 23. Mai 2024

Bundesgesetz über die Zustellung von Sendungen an Wochenenden und Feiertagen Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.

Sehr geehrte Damen und Herren

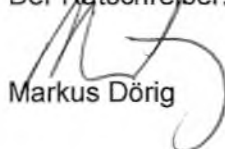
Mit Schreiben vom 14. Februar 2024 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zum Bundesgesetz über die Zustellung von Sendungen an Wochenenden und Feiertagen zukommen lassen.

Die Standeskommission hat die Unterlagen geprüft. Sie ist mit der Vorlage einverstanden.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Auftrage von Landammann und Standeskommission

Der Ratschreiber:


Markus Dörig

Zur Kenntnis an:

- Justiz-, Polizei- und Militärdepartement Appenzell I.Rh., Marktgasse 10d, 9050 Appenzell
- Ständerat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell
- Nationalrat Thomas Rechsteiner (thomas.rechsteiner@parl.ch)



Regierungsrat, 9102 Herisau

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
3003 Bern

Dr. iur. Roger Nobs
Ratschreiber
Tel. +41 71 353 63 51
roger.nobs@ar.ch

Herisau, 8. Mai 2024

Eidg. Vernehmlassung; Bundesgesetz über die Zustellung von Sendungen an Wochenenden und Feiertagen; Stellungnahme des Regierungsrates von Appenzell Ausserrhoden

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 14. Februar 2024 wurden die Kantonsregierungen vom Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement eingeladen, sich zum Bundesgesetz über die Zustellung von Sendungen an Wochenenden und Feiertagen bis 24. Mai 2024 vernehmen zu lassen.

Der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden nimmt dazu wie folgt Stellung:

Er begrüsst die Vereinheitlichung der Fristenberechnung bei der Zustellung von fristsetzenden Mitteilungen an einem Wochenende oder Feiertag gemäss Vorlage.

Die Zustellungsfiktion schafft Klarheit, wo heute Unsicherheiten bezüglich Beginn und letztlich auch Ende der Frist bei der Zustellung einer fristsetzenden Mitteilung an einem Samstag bestehen. Sie trägt der Möglichkeit des günstigeren Versands "A-Post Plus" anstelle von Einschreiben Rechnung. Die Auswirkungen in Form der möglichen Besserstellung der Empfängerinnen und Empfänger und der geringfügigen Verzögerung des Verfahrens sind vor diesem Hintergrund vernachlässigbar.

Die Zustellungsfiktion klärt somit Probleme bezüglich Beginn einer Frist beim Versand von fristsetzenden Mitteilungen über "A-Post Plus". Sie kann indessen in gewissen Fällen eine neue Problematik schaffen, wenn es um Mitteilungen geht, die innert einer bestimmten Frist bei der Empfängerin oder dem Empfänger eintreffen müssen, so bei der Kündigung von Miet- oder Arbeitsverhältnissen. Ist der letzte Tag eines Monats ein Samstag oder Sonntag und geht die mit "A-Post Plus" auf Ende Monat versandte Kündigung am Samstag ein, so gilt sie erst am darauffolgenden Werktag im neuen Monat als der Empfängerin oder dem Empfänger zugegangen mit den sich daraus ergebenden Konsequenzen.



Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Auftrag des Regierungsrates

Dr. iur. Roger Nobs, Ratschreiber



Regierungsrat

Postgasse 68
Postfach
3000 Bern 8
info.regierungsrat@be.ch
www.be.ch/rr

Staatskanzlei, Postfach, 3000 Bern 8

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement (EJPD)
Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern

Per E-Mail (cornelia.perler@bj.admin.ch)

RRB Nr.: 500/2024
Direktion: Direktion für Inneres und Justiz
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

22. Mai 2024

Vernehmlassung des Bundes: Bundesgesetz über die Zustellung von Sendungen an Wochenenden und Feiertagen Stellungnahme des Kantons Bern

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, zur erwähnten Vorlage Stellung nehmen zu können. Der Regierungsrat möchte dazu die nachfolgenden Bemerkungen anbringen.

1. Grundsätzliches

1.1 Im Allgemeinen

Wir begrüßen den Vorentwurf ausdrücklich. Wir unterstützen das verfolgte Konzept, dass in einem Mantelerlass sektorische Regelungen in einzelnen Verfahrens- und Sacherlassen sowie eine Querschnittregelung im Bundesgesetz über den Fristenlauf an Samstagen geschaffen werden sollen. Wir können nachvollziehen, dass auf eine Totalrevision des Fristenrechts, auf eine umfassende Vereinheitlichung des Fristenrechts sowie auf den Ausschluss der Fristen des materiellen Rechts verzichtet werden soll.

Die Probleme, die sich ergeben, wenn eine Mitteilung am Samstag mit A-Post Plus zugestellt wird und die im Erläuternden Bericht (Ziff. 3.1.1) geschildert werden, sollten nach Ansicht des Kantons Bern gelöst werden. Die Lösung, die dafür in Art. 142 Abs. 1^{bis} nZPO für Zivilverfahren bereits getroffen wurde und am 1. Januar 2025 in Kraft treten wird, erachten wir als sinnvoll. Es ist konsequent, sie nun – soweit notwendig – auch in andere Rechtsgebiete zu übernehmen. Die damit verbundene Verfahrensverzögerung, die dadurch entsteht, dass die Zustellung am folgenden Werktag als erfolgt gilt, so dass der Fristbeginn um mindestens zwei Tage aufgeschoben wird, ist hinzunehmen. Die Besserstellung der Empfängerinnen und Empfänger von fristsetzenden Mitteilungen durch die Zustellungsfiktion überwiegt die Nachteile, die für die absendenden Personen entstehen können.

1.2 Bundesgesetz über den Fristenlauf an Samstagen

Der Kanton Bern unterstützt insbesondere die Absicht, das Bundesgesetz über den Fristenlauf an Samstagen ebenfalls mit einer entsprechenden Regelung über die Zustellung an Feiertagen zu ergänzen. Als Querschnittserlass gilt dieses Gesetz u.a. für die Fristen des materiellen Zivilrechts und damit für das Mietrecht. Es bedeutet eine Verbesserung für Mieterinnen und Mieter, dass ein mit A-Post Plus an einem Samstag zugestelltes Kündigungsschreiben erst auf den nächsten Werktag als zugestellt gilt.

Unbefriedigend ist indessen aus Sicht des Kantons Bern, dass diese neue Regelung aus dem Gesetzestext des Schweizerischen Obligationenrechts nicht hervorgeht. Vielmehr wird lediglich in Fussnote 40 zu Art. 78 Abs. 1 OR auf die Regelung im Bundesgesetz über den Fristenlauf an Samstagen verwiesen, wonach der Samstag einem anerkannten Feiertag gleichgestellt ist. Aus diesem Verweis ist jedoch nicht erkennbar, dass dieses Gesetz (neu) eine Zustellfiktion für Sendungen enthält, die mit gewöhnlicher Post zugestellt werden.

Antrag

Wir bitten Sie zu prüfen, ob es nicht eine Möglichkeit gibt, den Gesetzestext von Art. 78 OR oder zumindest die Fussnote 40 dahingehend zu ergänzen, dass das Bestehen der Zustellfiktion erkennbar ist.

1.3 Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer (DBG)

Im neuen Art. 118a DBG wird in Anlehnung an das VwVG ebenfalls eine Regelung getroffen zum Fristbeginn bei einer Zustellung einer behördlichen Mitteilung an einem Samstag, Sonntag oder allgemeinen Feiertag mit gewöhnlicher Postsendung. Hingegen ist keine Anpassung im Bundesgesetz über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden (Steuerharmonisierungsgesetz, StHG) vorgesehen. Im erläuternden Bericht (Ziff. 6.1) wird ausgeführt, der Bund habe keine umfassende Kompetenz zur Regelung des Fristenrechts; die Regelungskompetenz leite sich aus der jeweiligen Sachkompetenz ab. Die Vorlage beschränke sich deshalb auf Anpassungen von Bestimmungen über die Berechnung von Fristen des Bundesrechts. Sie berühre damit einzig Bundesrecht und greife nicht in die Kompetenzbereiche der Kantone und Gemeinden ein (...).

Diese Erläuterungen sind zwar zutreffend, doch greifen sie unseres Erachtens im Bereich Steuern nicht. Es macht auch wenig Sinn, den Kantonen hier Autonomie einzuräumen und allenfalls bewusst oder unbewusst Abweichungen der Fristen bei der Veranlagung der direkten Bundessteuer von denjenigen bei den Kantons- und Gemeindesteuern vorzusehen. Im Steuerbereich kann der Bund auf eine entsprechende verfassungsmässige Kompetenz für die Regelung von *Verfahrensrecht* zurückgreifen (Art. 129 Abs. 2 BV).

Antrag

Wir regen an, dass für den Steuerbereich eine für alle Kantone verbindliche Regelung im StHG (im 5. Titel Verfahrensrecht) geprüft wird, die sinngemäss dem neuen Art. 118a DBG entspricht.

2. Anpassungsbedarf im Kanton Bern

In Ihrem Begleitschreiben bitten Sie uns um Ausführungen zum Anpassungsbedarf in der kantonalen Rechtsordnung. Hierzu haben wir folgende Bemerkungen:

2.1 Verwaltungsrechtspflegegesetz

Die Probleme der Zustellung mit A-Post Plus an Samstagen stellen sich in der Verwaltungs- und Gerichtspraxis des Kantons Bern ebenfalls. Der Kanton Bern wird deshalb prüfen, welche Erlasse in seinem Kompetenzbereich anzupassen sind, damit bei der Zustellung, die nicht gegen Unterschrift erfolgt, die Zustellfiktion in Analogie zum Bund gilt. Primär wird dies das Gesetz vom 23. Mai 1989 über die Verwaltungsrechtspflege (VRPG; BSG 155.21) betreffen. Dieses schreibt ausser bei Massenverfügungen und vorbehältlich anderslautender Gesetzgebung als Grundsatz die Eröffnung von Verfügungen und Entscheiden mit Einschreiben oder Gerichtsurkunde vor. Die Zustellung kann auch mit gewöhnlicher Post erfolgen, soweit kein Zustellungsnachweis erforderlich ist (Art. 44 Abs. 2 VRPG). Nach überwiegender Lehre und Praxis gehört im Kanton Bern die A-Post Plus zur «gewöhnlichen Post», weil sie keinen Zustellungsnachweis i.S.v. Art. 44 Abs. 2 VRPG erbringt, d.h. keine Bestätigung des tatsächlichen Empfangs enthält. Wird eine Zustellung mit A-Post Plus vorgenommen, ergeben sich die gleichen Nachteile wie im Bundesrecht, wenn die Zustellung an einem Samstag erfolgt, die Empfängerin oder der Empfänger jedoch an diesem Tag (büro-)abwesend ist. Aufgrund der geplanten Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs ist das VRPG gegenwärtig in Revision begriffen. Im Rahmen dieser Änderungen müssen die Bestimmungen zur postalischen Zustellung ohnehin angepasst werden.

2.2 Materielles Recht

Im materiellen Recht des Kantons Bern besteht ebenfalls eine Parallele zum Bund, indem das Steuergesetz vom 21. Mai 2000 (StG; BSG 661.11) analog zum Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer (DBG) für Mitteilungen der Steuerbehörden keine Pflicht zum Einschreiben enthält, sondern die Eröffnung für den Regelfall mit gewöhnlicher Post vorsieht (Art. 159 Abs. 2 StG). Bei diesem Erlass wird zu prüfen sein, ob die Zustellfiktion in Analogie zum – wie soeben ausgeführt – ebenfalls zu ändernden VRPG ausgestaltet wird. Vermutlich reicht der bereits im geltenden Recht bestehende Verweis in Art. 151 StG auf die subsidiäre Geltung des VRPG. Es wird abzuklären sein, ob diese neue Zustellfiktion auch noch in weiteren kantonalen Erlassen vorgesehen werden sollte. Falls unserem Antrag von Ziff. 1.3 stattgegeben werden sollte, müsste die Regelung im StG mit derjenigen im StHG koordiniert werden.

3. Weiteres

Wir möchten Sie darauf hinweisen, dass im Erläuternden Bericht zur Änderung von Art. 38 des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts im 1. Abschnitt versehentlich von Art. 38 BGG statt von Art. 38 ATSG die Rede ist.

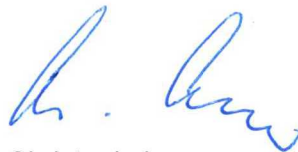
Der Regierungsrat dankt Ihnen für die Berücksichtigung seiner Anliegen.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates



Philippe Müller
Regierungspräsident



Christoph Auer
Staatsschreiber

Verteiler

– Justizverwaltungsleitung

Regierungsrat, Kasernenstrasse 31, 4410 Liestal

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD, Bundesamt für Justiz, Bern

cornelia.perler@bj.admin.ch

Liestal, 14. Mai 2024

Vernehmlassung betreffend Bundesgesetz über die Zustellung von Sendungen an Wochenenden und Feiertagen

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Besten Dank für die Gelegenheit zur Meinungsäusserung.

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft befürwortet die vorgeschlagene Gesetzesrevision im Bundesgesetz über die Zustellung von Sendungen an Wochenenden und Feiertagen (BGFL).

Der Kanton Basel-Landschaft prüft die entsprechenden kantonalen gesetzlichen Grundlagen im Hinblick auf eine einheitliche Fristenregelung.

Hochachtungsvoll



Monica Gschwind
Regierungspräsidentin



Elisabeth Heer Dietrich
Landschreiberin



Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 85 62
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD

Per E-Mail an:
cornelia.perler@bj.admin.ch

Basel, 7. Mai 2024

Regierungsratsbeschluss vom 7. Mai 2024

Bundesgesetz über die Zustellung von Sendungen an Wochenenden und Feiertagen; Vernehmlassung; Stellungnahme des Kantons Basel-Stadt

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 14. Februar 2024 haben Sie uns die Vorlage zur Umsetzung der Motion «Harmonisierung der Fristenberechnung» der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates unterbreitet. Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Der Kanton Basel-Stadt begrüsst die Harmonisierung der Fristenberechnung in der Rechtsordnung des Bundes. Gemäss neuer Zustellungsregel gilt die Zustellung von fristsetzenden Mitteilungen an Wochenenden oder Feiertagen mit gewöhnlicher Post («A-Post Plus») erst am folgenden Werktag als erfolgt. Damit werden das Problem des unbemerkt gebliebenen Sendungseinwurfs an Samstagen oder allgemeinen Feiertagen im Fall von «A-Post Plus»-Verständen durch die Schweizerische Post und die damit zusammenhängenden Nachteile für die Empfangenden einer Lösung zugeführt.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte an die Leitung des Zentralen Rechtsdienstes im Justiz- und Sicherheitsdepartement (leitung.zrd@jsd.bs.ch).

Mit freundlichen Grüssen
Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

Dr. Conradin Cramer
Regierungspräsident

Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat
Route des Arsenaux 41, 1700 Fribourg

Conseil d'Etat CE
Staatsrat SR

Route des Arsenaux 41, 1700 Fribourg

T +41 26 305 10 40
www.fr.ch/ce

PAR COURRIEL

Département fédéral de justice et police DFJP
Palais fédéral ouest
3003 Berne

Courriel : cornelia.perler@bj.admin.ch

Fribourg, le 7 mai 2024

2024-381

Loi fédérale sur les notifications d'actes le week-end et les jours fériés – Procédure de consultation

Monsieur le Conseiller fédéral,

Par courrier du 14 février dernier, vous nous avez consultés sur l'objet cité en titre, et nous vous en remercions.

Ce projet de loi sur les notifications d'actes le week-end et les jours fériés n'appelle pas de commentaire particulier de notre part, et nous y souscrivons sans réserve.

Nous relevons pour le surplus que son adoption entraînera des adaptations de différentes lois cantonales contenant des dispositions sur la computation des délais.

Nous vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'assurance de nos sentiments les meilleurs.

Au nom du Conseil d'Etat :

Jean-Pierre Siggen, Président



Danielle Gagnaux-Morel, Chancelière d'Etat

Copie

—
à la Direction de la sécurité, de la justice et du sport ;
à la Direction de l'économie, de l'emploi et de la formation professionnelle ;
à la Chancellerie d'Etat.



Genève, le 22 mai 2024

Le Conseil d'Etat

2253-2024

Département fédéral de justice et police
Monsieur Beat Jans
Conseiller fédéral
Secrétariat général
Palais fédéral ouest
3003 Berne

Concerne : consultation relative à la loi fédérale sur la notification des actes le week-end et les jours fériés

Monsieur le Conseiller fédéral,

La République et canton de Genève vous remercie de l'avoir consultée concernant l'avant-projet de loi fédérale sur la notification des actes le week-end et les jours fériés.

Le Conseil d'Etat est favorable à l'harmonisation des règles de computation des délais qui vise à résoudre le problème des notifications par courrier A Plus.

Il considère que l'adaptation du droit devrait se limiter aux communications par voie postale pour assurer un traitement similaire aux décisions notifiées par courrier recommandé (contre signature) et celles notifiées sans qu'une signature soit requise.

Il paraît inutile de créer des complications, susceptibles d'engendrer des inégalités de traitement, en élargissant les cas de report du délai aux communications faites oralement ou remises en main propre ainsi qu'aux événements susceptibles de déclencher des délais.

En vous remerciant de l'attention que vous avez bien voulu porter à la présente, nous vous prions d'agréer, Monsieur le Conseiller fédéral, l'expression de notre considération distinguée.

AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière :


Michèle Righetti-El Zayadi

Le président :


Antonio Hodgers

Copie à (format word et pdf) : cornelia.perler@bj.admin.ch

Glarus, 21. Mai 2024
Unsere Ref: 2024-78

Vernehmlassung zum Bundesgesetz über die Zustellung von Sendungen an Wochenenden und Feiertagen

Sehr geehrte Damen und Herren

Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement gab uns in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Dafür danken wir und lassen uns gerne wie folgt vernehmen:

Mit dem Bundesgesetz über die Plattformen für die elektronische Kommunikation in der Justiz (BEKJ) werden sich schon bald wieder elektronische Zustellformen etablieren, bei denen kein Irrtum über den Fristbeginn mehr möglich ist. Der Nutzen der neuen Regelung ist zudem ohnehin beschränkt. Es ergibt sich nur ein Gewinn von einem oder zwei Arbeitstagen.

Das Ziel, die Fristberechnung schweizweit zu vereinheitlichen, wird zudem gerade nicht erreicht, da die Vernehmlassungsvorlage aus kompetenzrechtlichen Gründen einzig das Bundesrecht berücksichtigt. Wir lehnen deshalb den Entwurf vollumfänglich ab. Kurzlebigen Erscheinungen in der Postlandschaft ist nicht mit einer aktivistischen Gesetzgebung zu begegnen.

Im Weiteren wird auf die beiliegende Stellungnahme der Verwaltungskommission der Gerichte des Kantons Glarus vom 26. April 2024 verwiesen, die wir umfassend teilen. Die vorgeschlagene Revision zieht eine Revisionskampagne auf kantonaler Stufe nach sich, die aktuell, gemessen am Nutzen, weder in einem angemessenen Verhältnis zum Aufwand steht, noch als Priorität angesehen werden kann.

Genehmigen Sie, hochgeachteter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Freundliche Grüsse

Für den Regierungsrat



Kaspar Becker
Landammann

Arpad Baranyi
Ratsschreiber

E-Mail an (PDF- und Word-Version): cornelia.perler@bj.admin.ch

Beilage:

- Stellungnahme Verwaltungskommission der Gerichte vom 26. April 2024



KANTON GLARUS

VERWALTUNGSKOMMISSION DER GERICHTE

GERICHTSHAUS, 8750 GLARUS, TELEFON 055 646 53 40

8750 Glarus, 26. April 2024

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement
3003 Bern

Vernehmlassung zum Bundesgesetz über die Zustellung von Sendungen an Wochenenden und Feiertagen

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir beehren uns, Ihnen zur titelvermerkten Gesetzesvorlage unsere Stellungnahme zukommen zu lassen.

1. Ausgangslage

Die Versandart «A-Post Plus» gibt es zwar erst seit etwa fünfzehn Jahren, sie hat aber einen unnötigen gesetzgeberischen Aktivismus ausgelöst. So wird mit dem neuen Artikel 142 Abs. 1^{bis} der Zivilprozessordnung (ZPO) eine neue Zustellungsfiktion eingeführt: Erfolgt die Zustellung einer Sendung an einem Samstag, einem Sonntag oder einem [...] anerkannten Feiertag durch gewöhnliche Post, so gilt die Mitteilung [erst] am nächsten Werktag als erfolgt. Die Revision der ZPO tritt auf den 1. Januar 2025 in Kraft. Zur Begründung wurde angeführt, dass sich ein Empfänger über den Zeitpunkt der Zustellung mit «A-Post Plus» irren könne (z. B. irrtümlich am Montag statt effektiv am Samstag). Eine Samstagszustellung könne zu einem Rechtsverlust führen (Erläuternder Bericht S. 9 f.).

2. Fraglicher Nutzen der neuen Regelung

Ein Irrtum über die Zustellung einer Sendung mit «A-Post Plus» lässt sich vermeiden, indem der Zustelltag elektronisch unter <https://www.post.ch/de/empfangen> abgerufen wird. Bei einer Zustellung mit gewöhnlicher Post (mittlerweile A-Post oder B-Post) lässt sich der Zustelltag zwar nicht eruieren, doch hat sich bisher nie jemand daran gestört.

Der Nutzen der neuen Regelung ist ohnehin beschränkt, es ergibt sich nur ein «Gewinn» von einem oder zwei Arbeitstagen. Der «schlimmste Fall» ist nicht die Zustellung mit «A-Post Plus» an einem Wochenende, sondern die eingeschriebene Zustellung an einem Freitag; dann stehen effektiv nur sechs Arbeitstage unter der Woche zur Verfügung (vgl. die Varianten 6, 12, 13, 19 und 20 in der beiliegenden Tabelle, noch schlimmer die Variante 22).

3. Neue Zustellformen werden die «A-Post Plus» ersetzen

Mit dem Bundesgesetz über die Plattformen für die elektronische Kommunikation in der Justiz (BEKJ) werden sich elektronische Zustellformen etablieren, bei welchen kein Irrtum über den Fristbeginn mehr möglich ist. Auch die Kantone setzen für das kantonale Recht vermehrt auf die elektronische Kommunikation, weshalb von diesen nicht erwartet werden kann, dass sie mehrheitlich nachziehen (anders aber offenbar Genf und Waadt, Erläuternder Bericht S. 7). Der Kanton Basel-Landschaft hat aus Spargründen gar bewusst von einer eingeschriebenen Mahnung auf eine solche mit «A-Post Plus» umgestellt (Anpassung des Steuergesetzes, Vorlage 2012/221 vom 21. August 2012). Schliesslich setzt auch die Schweizerische Post AG vermehrt auf digitale Zustellformen.

4. Einheitliche Fristberechnung erodiert in der Schweiz

Die traditionelle und einheitliche Fristberechnung gemäss Art. 76 ff. OR, welche sich über mehr als ein Jahrhundert bewährt hat, wird leider zunehmend durchlöchert. Der Einbruch begann im Zivilprozessrecht mit BGE 138 III 610, mit welchem das Bundesgericht bei einer Zustellung während der Gerichtsferien einen fingierten Zustelltag nach Ablauf der Gerichtsferien einführt (Erw. 2.8 zu Art. 142 Abs. 2 ZPO), abweichend von der früheren Fristberechnung (vgl. z. B. ZR 95 Nr. 39a). Dies führte auch zu einer unterschiedlichen Berechnung von Monats- und Tagesfristen. Mit dem neuen Artikel 142 Absatz 1^{bis} ZPO wird eine weitere Fiktion eingeführt, welche nun im Grundsatz auf das ganze Bundesrecht ausgedehnt werden soll, aber mit Ausnahme des Strafprozessrechts (Erläuternder Bericht S. 7).

Mit dem vorgeschlagenen Bundesgesetz über die Zustellung von Sendungen an Wochenenden und Feiertagen wird das Ziel, die Fristberechnung schweizweit zu vereinheitlichen, gerade nicht erreicht, da die Vernehmlassungsvorlage aus kompetenzrechtlichen Gründen einzig das Bundesrecht berücksichtigt (Erläuternder Bericht S. 7).

5. Zurückbesinnung auf die traditionelle Fristberechnung gemäss Staatsvertrag

Das Europäische Übereinkommen über die Berechnung von Fristen (EuFrÜb, SR 0.221.122.3) gilt in seinem Anwendungsbereich für Fristen des Bundesrechts sowie des kantonalen und kommunalen Rechts. Diese Rechtseinheit wird mit der Vorlage durchbrochen.

Das Übereinkommen, abgeschlossen in Basel am 16. Mai 1972, kennt keine spitzfindige Aufspaltung des «dies a quo» in einen effektiven und einen fingierten Zustelltag. Übereinstimmend mit der traditionellen Fristberechnung in Art. 76 ff. OR geht es stillschweigend von der effektiven Zustellung aus. Bei der Fristberechnung nicht mitzählende Tage zwischen dem «dies a quo» und dem «dies ad quem» gibt es darin nicht. Ob der Entwurf mit dem Übereinkommen vereinbar ist (bejahend der Erläuternde Bericht S. 25), darf bezweifelt werden, zumal Vorbehalte zum Übereinkommen nicht zulässig sind (Art. 6 EuFrÜb).

Wir lehnen deshalb den Entwurf vollumfänglich ab. Kurzlebigen Erscheinungen in der Postlandschaft ist nicht mit einer aktivistischen Gesetzgebung zu begegnen. Warten ist hier weiser.

Im Rahmen einer nächsten Revision ist Artikel 142 Absatz 1^{bis} ZPO aufzuheben und die Fristberechnung im Zivilprozess dem erwähnten Übereinkommen anzupassen. Dann wäre die Rechtseinheit wiederhergestellt, über alle drei Staatsebenen hinaus.

Erhebt der Gesetzgeber den Entwurf zum Gesetz, ist das Übereinkommen zu kündigen.

Genehmigen Sie, hochgeachteter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Freundliche Grüsse

Für die Verwaltungskommission der Gerichte

Dr. iur. Petra Hauser

lic. iur. Erich Hug

Obergerichtspräsidentin

Generalsekretär

Beilage: Tabellarische Ansicht zur (inzwischen komplexen) Fristenberechnung

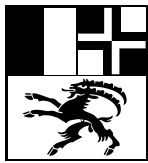
E-Mail an (PDF- und Word-Version): cornelia.perler@bj.admin.ch

**Varianten bei Zustellungen mit «A-Post Plus»
bei einer Frist von zehn Tagen**

Variante	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr			Tage total	Sa und So	Tage Mo - Fr	«Gewinn»
Alte Regelung, mit Fristbeginn immer am folgenden Tag, auch wenn dieser ein Samstag oder Sonntag ist																									
1	Z		1	1	1	1		1	1	1	1	1										10	2	8	
2		Z		1	1	1		1	1	1	1	1	1									10	2	8	
3			Z		1	1		1	1	1	1	1	1	1	1							12	4	8	
4				Z		1		1	1	1	1	1	1	1	1	1						11	4	7	
5					Z		1	1	1	1	1	1	1	1	1	1						10	4	6	
6						Z		1	1	1	1	1	1	1	1	1	1					10	3	7	
7							Z		1	1	1	1	1	1	1	1	1	1				10	2	8	
Alte und neue Regelung, bei eingeschriebener Zustellung, die bei Postfachadressen auch an einem Samstag erfolgen kann																									
8	Z		1	1	1	1		1	1	1	1	1										10	2	8	
9		Z		1	1	1		1	1	1	1	1	1									10	2	8	
10			Z		1	1		1	1	1	1	1	1	1	1							12	4	8	
11				Z		1		1	1	1	1	1	1	1	1	1						11	4	7	
12					Z		1	1	1	1	1	1	1	1	1	1						10	4	6	
13						Z		1	1	1	1	1	1	1	1	1	1					10	3	7	
Neue Regelung, mit fingierter Zustellung immer am nächsten Werktag, wenn die Zustellung mit gewöhnlicher Post am einem Samstag oder Sonntag erfolgt																									
14	Z		1	1	1	1		1	1	1	1	1										10	2	8	keiner
15		Z		1	1	1		1	1	1	1	1	1									10	2	8	keiner
16			Z		1	1		1	1	1	1	1	1	1	1							12	4	8	keiner
17				Z		1		1	1	1	1	1	1	1	1	1						11	4	7	keiner
18					Z		1	1	1	1	1	1	1	1	1	1						10	4	6	keiner
19						Z		Z	F		1	1	1	1	1	1	1	1				10	2	8	zwei Tage
20							Z	Z	F		1	1	1	1	1	1	1	1				10	2	8	ein Tag
Sonderfall Zustellung vor dem Osterwochenende																									
21				Z		1	1	1	1	1	1	1	1	1	1							11	6	5	keiner
Sonderfall Zustellung am Freitag, 22. Dezember 2028																									
22					Z		1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1			12	8	4	keiner
	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr						

Z	Zustellung effektiv
Z F	Zustellung fingiert
1	Fristenlauf von Montag bis Freitag in Tagesschritten
1	Fristenlauf an Samstagen und Sonntagen oder Feiertagen in Tagesschritten
	Kein Fristenlauf (leeres Feld)

Gerichtsferien nicht berücksichtigt



Sitzung vom

29. April 2024

Mitgeteilt den

1. Mai 2024

Protokoll Nr.

366/2024

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement (EJPD)

Per E-Mail (PDF- und Word-Version) zustellen an:

cornelia.perler@bj.admin.ch

**Vernehmlassung EJPD - Bundesgesetz über die Zustellung von Sendungen an
Wochenenden und Feiertagen
Stellungnahme**

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 14. Februar 2024 erhalten die Kantone Gelegenheit, sich zum Bundesgesetz über die Zustellung von Sendungen an Wochenenden und Feiertagen zu äussern.

Nach Prüfung der entsprechenden Unterlagen verzichtet der Kanton Graubünden auf eine Stellungnahme.

Für Rückfragen steht Ihnen Christa Baumann (Tel. 081 257 25 09) zur Verfügung.

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Dr. Jon Domenic Parolini

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

Hôtel du Gouvernement – 2, rue de l'Hôpital, 2800 Delémont

Département fédéral de justice et police DFJP
Monsieur le Conseiller fédéral
Beat Jans
Palais fédéral ouest
3003 Berne

Hôtel du Gouvernement
2, rue de l'Hôpital
CH-2800 Delémont

t +41 32 420 51 11
f +41 32 420 72 01
chancellerie@jura.ch

par courriel à cornelia.perler@bj.admin.ch
(en formats Word et PDF)

Delémont, le 30 avril 2024

Loi fédérale sur les notifications d'actes le week-end et les jours fériés : procédure de consultation

Monsieur le Conseiller fédéral,

Le Gouvernement de la République et Canton du Jura vous remercie de l'avoir consulté sur l'objet susmentionné.

L'avant-projet de loi fédérale sur les notifications d'actes le week-end et les jours fériés ainsi que le rapport explicatif n'appellent pas de commentaire particulier de sa part.

Le Gouvernement a examiné les éventuelles adaptations nécessaires dans la législation jurassienne en vue d'unifier les règles de computation des délais à l'échelon suisse. Il estime que seule la modification d'un article du Code de procédure administrative (Cpa ; RSJU 175.1) traitant de la computation des délais est nécessaire afin d'adapter le droit cantonal au système prévu dans l'avant-projet de loi fédérale.

A ce titre, une fois que la loi fédérale aura été adoptée par les Chambres fédérales, le Gouvernement pourra soumettre au Parlement un projet de modification du Cpa dont le traitement ne devrait en principe poser aucune difficulté.

Le Gouvernement vous remercie de l'avoir consulté à ce propos et vous prie de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à sa haute considération.

AU NOM DU GOUVERNEMENT DE LA
RÉPUBLIQUE ET CANTON DU JURA


Rosalie Beuret Siess
Présidente




Jean-Baptiste Maître
Chancelier d'Etat

Justiz- und Sicherheitsdepartement

Bahnhofstrasse 15
Postfach 3768
6002 Luzern
Telefon 041 228 59 17
jsdds@lu.ch
www.lu.ch

Eidgenössisches Justiz- und Polizei-
departement EJPD

per E-Mail

cornelia.perler@bj.admin.ch

Luzern, 23. April 2024

Protokoll-Nr.: 422

**Bundesgesetz über die Zustellung von Sendungen an Wochenenden und
Feiertagen**

Sehr geehrte Damen und Herren

Für die Gelegenheit, im Rahmen des oben genannten Vernehmlassungsverfahrens Stellung nehmen zu können, danken wir Ihnen. Im Namen und Auftrag des Regierungsrates erlauben wir uns folgende Bemerkungen:

Wir begrüssen die Vorlage und sind grundsätzlich mit allen Änderungen einverstanden. Wir sind der Meinung, dass eine Vereinheitlichung in jeder Hinsicht Sinn machen würde, weshalb auch für die Festlegung der gesetzlichen Feiertage analog der nZPO auf das kantonale Recht am Gerichtssitz verwiesen werden sollte. Auch in diesem Punkt wäre eine Angleichung der Bundeserlasse an die neue ZPO wünschenswert.

Für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme danken wir Ihnen.

Freundliche Grüsse



Ylfete Fanaj
Regierungsrätin



LE CONSEIL D'ÉTAT

DE LA RÉPUBLIQUE ET
CANTON DE NEUCHÂTEL

Département fédéral de justice et police
Palais fédéral ouest
3003 Berne

Loi fédérale sur les notifications d'actes le week-end et les jours fériés – procédure de consultation

Monsieur le conseiller fédéral,

Votre communication du 14 février 2024 nous est bien parvenue et nous vous en remercions.

D'une manière générale, l'harmonisation de la computation des délais entre les différentes procédures est souhaitable. Nous allons examiner les éventuelles modifications à apporter dans la procédure administrative neuchâteloise, laquelle est justement en révision.

Nous profitons de cette consultation pour indiquer qu'en matière de notification, nous regrettons que le Conseil fédéral n'ait pas encore fait usage de la possibilité offerte par l'article 55 al. 1bis de la loi fédérale sur la partie générale du droit des assurances sociales (LPGA) d'étendre aux assurances sociales l'application de l'article 34 al. 1bis de la loi fédérale sur la procédure administrative (PA) qui permet la notification des décisions par voie électronique, lorsque les parties l'acceptent.

En vous remerciant de nous avoir consultés, nous vous prions de croire, Monsieur le conseiller fédéral, à l'assurance de notre parfaite considération.

Neuchâtel, le 15 mai 2024

Au nom du Conseil d'État :

Le président,
A. RIBAUX

La chancelière,
S. DESPLAND



NE



KANTON
NIDWALDEN

LANDAMMANN UND
REGIERUNGSRAT

Dorfplatz 2, Postfach 1246, 6371 Stans
Telefon 041 618 79 02, www.nw.ch

CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246, STK

PER E-MAIL

Eidgenössische Justiz- und
Polizeidepartement EJPD
Herr Bundesrat Beat Jans
Bundeshaus West
3003 Bern

Telefon 041 618 79 02
staatskanzlei@nw.ch
Stans, 14. Mai 2024

Bundesgesetz über die Zustellung von Sendungen an Wochenenden und Feiertagen. Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 14. Februar 2024 eröffnete das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) bei den Kantonen das Vernehmlassungsverfahren zum Bundesgesetz über die Zustellung von Sendungen an Wochenenden und Feiertagen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

1 Bemerkungen zu den geplanten Änderungen

1.1 Aktuelle Zustellungsregel im Zivilverfahren

Mit der Versandmethode «A-Post Plus» stellt die Schweizerische Post Sendungen auch am Samstag nachverfolgbar zu. Dies kann für die Empfängerin oder den Empfänger mit Nachteilen verbunden sein. Um diese Problematik zu beheben, hat der Gesetzgeber mit der Revision der Zivilprozessordnung (20.026) eine neue Zustellungsregel eingeführt. Danach gilt die Zustellung von fristsetzenden Mitteilungen an Wochenenden oder Feiertagen mit gewöhnlicher Post erst am folgenden Werktag als erfolgt.

1.2 Ausweitung der Zustellungsregel auf weitere Erlasse

Mit der vorliegenden Vernehmlassungsvorlage soll die für die Zivilprozessordnung gefundene Lösung auf alle anderen Erlasse übertragen werden, welche Regelungen zur Fristenberechnung enthalten. Damit gelten künftig in der ganzen Rechtsordnung des Bundes dieselben Regeln für die Zustellung von fristsetzenden Sendungen.

Wir begrüßen die Bestrebungen, in der ganzen Rechtsordnung dieselben Regeln für die Zustellung von «A-Post Plus»-Sendungen einzuführen.

1.3 Zusammenfassung

Die Revision der Zivilprozessordnung und die geplante Ausweitung dieser Änderungen auf die gesamte Rechtsordnung des Bundes sind wesentliche Schritte zur Modernisierung und Vereinheitlichung des Zustellungsverfahrens. Durch die neue Regelung wird ein faireres und klareres Prozedere geschaffen. Dies trägt dazu bei, potenzielle Nachteile für Empfänger zu vermeiden und die Rechtssicherheit zu erhöhen.

2 Fazit

Wir begrüssen die Bestrebungen, in der ganzen Rechtsordnung dieselben Regeln für die Zustellung von fristsetzenden Sendungen einzuführen und sprechen uns für die Vorlage aus.

Der Regierungsrat Nidwalden bedankt sich für die Möglichkeit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung der Stellungnahme.

Freundliche Grüsse
NAMENS DES REGIERUNGSRATES


Michèle Blöchliger
Landammann




lic. iur. Armin Eberli
Landschreiber

Geht an:

- cornelia.perler@bj.admin.ch



CH-6060 Sarnen, Enetriederstrasse 1, SSD

Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement EJPD

per Mail an:

cornelia.perler@bj.admin.ch

Referenz/Aktenzeichen: OWSTK.4895
Unser Zeichen: ks

Sarnen, 8. Mai 2024

**Bundesgesetz über die Zustellung von Sendungen an Wochenenden und Feiertagen;
Stellungnahme.**

Sehr geehrter Herr Bundesrat, *geschätzter Zeit*

Für die Einladung zur Vernehmlassung zum Bundesgesetz über die Zustellung von Sendungen an Wochenenden und Feiertagen danken wir Ihnen.

Der Kanton Obwalden begrüsst die vorgeschlagenen Änderungen vollumfänglich und hat keine Änderungsanträge. Mit der Vorlage werden die Nachteile, die mit Zustellungen von A-Post-plus-Sendungen an Samstagen gegenwärtig verbunden sind, behoben. Insbesondere befürworten wir, dass die in Art. 20 Abs. 4 VwVG aufgenommene Regelung, wonach sich die Feiertage nach dem Wohnsitzkanton der Partei oder ihres Vertreters bestimmen, nicht in Art. 142 Abs. 1bis ZPO übernommen werden. Richtig erscheint uns auch die vorgeschlagene Regelung von Art. 118a Abs. 2 DBG, wonach sich die Feiertage nach dem Recht des Veranlagungskantons richten.

Freundliche Grüsse


Christoph Amstad
Regierungsrat

Kopie an:

- Kantonale Mitglieder der Bundesversammlung
- Amt für Justiz
- Gerichte
- Staatskanzlei



Regierung des Kantons St.Gallen, Regierungsgebäude, 9001 St.Gallen

Eidgenössisches Justiz-und
Polizeidepartement
Bundeshaus West
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen
Regierungsgebäude
9001 St.Gallen
T +41 58 229 89 42
info.sk@sg.ch

St.Gallen, 29. April 2024

Bundesgesetz über die Zustellung von Sendungen an Wochenenden und Feiertagen; Vernehmlassungsantwort

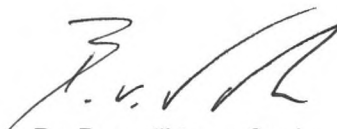
Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 14. Februar 2024 laden Sie uns ein, zum Entwurf des Bundesgesetzes über die Zustellung von Sendungen an Wochenenden und Feiertagen Stellung zu nehmen. Wir danken für diese Gelegenheit und äussern uns gern wie folgt:

Wir teilen Ihnen mit, dass wir den Gesetzesentwurf mit der Bestrebung zur Harmonisierung der Regelung der Fristen als sinnvoll erachten. Zu beachten gilt es, dass die Änderungen klar und verständlich kommuniziert werden sollten, um sicherzustellen, dass sowohl Absenderinnen und Absender als auch Empfängerinnen und Empfänger von Postsendungen die neuen Regelungen kennen.

Im Namen der Regierung


Stefan Kölliker
Präsident


Dr. Benedikt van Spyk
Staatssekretär



Zustellung per E-Mail (pdf- und Word-Version) an:
cornelia.perler@bj.admin.ch

Telefon +41 (0)52 632 71 11
Fax +41 (0)52 632 72 00
staatskanzlei@sh.ch

Regierungsrat

Eidgenössisches Justiz- und Poli-
zeidepartement EJPD

per E-Mail an
cornelia.perler@bj.admin.ch

Schaffhausen, 7. Mai 2024

**Bundesgesetz über die Zustellung von Sendungen an Wochenenden und Feiertagen; Ver-
nehmlassung**

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 14. Februar 2024 haben Sie uns den Entwurf in obgenannter Angelegenheit zur Vernehmlassung unterbreitet. Wir begrüssen die Bestrebungen für eine Vereinheitlichung der Fristberechnung und werden eine entsprechende Anpassung auch für das kantonale Recht prüfen. Im Übrigen verzichten wir auf eine Stellungnahme.

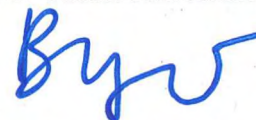
Für die Kenntnisnahme und Berücksichtigung unserer Stellungnahme danken wir Ihnen.

Freundliche Grüsse
Im Namen des Regierungsrates
Der Präsident:



Patrick Strasser

Der Staatsschreiber:



Dr. Stefan Bilger



Regierungsrat

Rathaus
Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
so.ch

Per E-Mail

Bundesamt für Justiz
cornelia.perler@bj.admin.ch

21. Mai 2024

Vernehmlassung zum Bundesgesetz über die Zustellung von Sendungen an Wochenenden und Feiertagen

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir nehmen Bezug auf Ihr Schreiben vom 14. Februar 2024 in oben genannter Angelegenheit und danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Der Vorentwurf sieht eine neue Regelung für die Zustellung von Sendungen an Wochenenden und Feiertagen vor. Gemäss der Vorlage soll eine private oder behördliche Mitteilung, die an einem Wochenende oder einem Feiertag nicht gegen Unterschrift überbracht wird, erst am nächstfolgenden Werktag als zugestellt gelten. Heute gilt, dass Fristen am nächsten Tag zu laufen beginnen, egal um was für einen Tag es sich handelt und ob die Mitteilung gegen Unterschrift oder nicht gegen Unterschrift überbracht wird.

Wir können dem Vorentwurf mit der neuen Regelung für die Zustellung von Sendungen an Wochenenden grundsätzlich zustimmen, wobei wir folgende Bemerkungen und Vorbehalte anzubringen haben:

Es erscheint grundsätzlich als fraglich die geltenden Regelungen lediglich wegen der von der Post eingeführten Zustellart A-Post Plus zu verändern, insbesondere da die Versandarten und Modalitäten der Post jederzeit ändern können. Die Nachteile der (momentan geltenden) Zustellart A-Post Plus können auch durch andere Lösungen beseitigt werden, z. B. kann die Verwendung der Zustellart für kurze Fristen ausgeschlossen werden und es können Hinweise zum Fristenlauf angebracht werden, so wie dies im Kanton Solothurn im Steuerbereich gemacht wird. Der Kanton Solothurn hat die Form der Zustellung für die Verwaltungsbehörden in § 21^{ter} VRG (BGS 124.11) und der Verordnung über die Form der Zustellung in Verwaltungssachen (BGS 124.13) geregelt.

Betreffend die vorgesehenen Regelungen zu den Feiertagen ist Folgendes zu bemerken: Die gewählte Formulierung «Massgebend für die Bestimmung der Feiertage ist das Recht des Kantons, in dem die *Partei oder ihr Vertreter* Wohnsitz oder Sitz hat» ist verwirrend. Einschlägige Gesetzeskommentare gehen davon aus, dass bei einer nicht vertretenen Partei die anerkannten Feiertage desjenigen Kantons massgebend sind, in denen diese ihren Wohnsitz bzw. Sitz hat und

dass bei einer vertretenen Partei hinsichtlich der Feiertagsregelung das Recht des Kantons massgebend ist, in welchem der Vertreter seinen Wohnsitz oder Sitz hat. Die gewählte Formulierung statuiert jedoch eine Wahlmöglichkeit und sollte demnach präzisiert werden.

Bei einer Umsetzung der Bundesvorlage muss zwingend auch das kantonale Recht angepasst werden. Wir weisen darauf hin, dass eine Umsetzungsfrist von mindestens zwei Jahren (ab unbenutztem Ablauf der Referendumsfrist) vorzusehen ist.

Freundliche Grüsse

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.
Peter Hodel
Landammann

sig.
Andreas Eng
Staatsschreiber

Regierungsratsbeschluss

vom 21. Mai 2024

Nr. 2024/786

**Vernehmlassung zum Bundesgesetz über die Zustellung von Sendungen an
Wochenenden und Feiertagen
Schreiben an das Bundesamt für Justiz**

1. Erwägungen

Die Staatskanzlei unterbreitet dem Regierungsrat das Schreiben an das Bundesamt für Justiz betreffend Vernehmlassung zum Bundesgesetz über die Zustellung von Sendungen an Wochenenden und Feiertagen zur Beratung und Beschlussfassung.

2. Beschluss

Auf Antrag der Staatskanzlei wird das Schreiben an das Bundesamt für Justiz betreffend Vernehmlassung zum Bundesgesetz über die Zustellung von Sendungen an Wochenenden und Feiertagen beschlossen.



Andreas Eng
Staatsschreiber

Beilage

Schreiben an das Bundesamt für Justiz vom 21. Mai 2024

Verteiler

Staatskanzlei
Staatskanzlei, Legistik und Justiz (3)
Obergericht
Präsidialkonferenz
Finanzdepartement
Bau- und Justizdepartement
Volkswirtschaftsdepartement
Departement für Bildung und Kultur
Departement des Innern
Eidg. Parlamentarier (8)



6431 Schwyz, Postfach 1260

per E-Mail

Eidgenössisches Justiz- und Polizei-
Departement (EJPD)
3003 Bern
cornelia.perler@bj.admin.ch

Schwyz, 14. Mai 2024

Bundesgesetz über die Zustellung von Sendungen an Wochenenden und Feiertagen
Vernehmlassung des Kantons Schwyz

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 14. Februar 2024 haben Sie die Kantonsregierungen eingeladen, zur oben erwähnten Vernehmlassungsvorlage bis 24. Mai 2024 Stellung zu nehmen.

Mit der Vernehmlassungsvorlage soll die Motion 22.3381 der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates «Harmonisierung der Fristenberechnung» umgesetzt werden. Die Motion verlangt die Vereinheitlichung der Fristenberechnung in der schweizerischen Rechtsordnung. Die Vernehmlassungsvorlage berücksichtigt aus kompetenzrechtlichen Gründen einzig das Bundesrecht. Die Harmonisierung erfordert die Änderung verschiedener Bundesgesetze. In Form eines Mantelerlasses werden das Bundesgesetz über das Verwaltungsverfahren vom 20. Dezember 1960 (VwVG, SR 172.021), das Bundesgesetz über das Bundesgericht vom 17. Juni 2005 (BGG, SR 173.110), das Bundesgesetz über den Fristenlauf an Samstagen (SR 173.110.3), das Militärstrafgesetz vom 13. Juni 1927 (MStG, SR 321.0), der Militärstrafprozess vom 23. März 1979 (MStP, SR 322.1), das Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer vom 14. Dezember 1990 (DBG, SR 642.11) und das Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts vom 6. Oktober 2000 (ATSG, SR 830.1) angepasst.

Der Kanton Schwyz stimmt der Vorlage grundsätzlich zu. Die vorgeschlagene Lösung mit fingierter Zustellung überzeugt. Eingeladen wird der Eidgenössische Gesetzgeber jedoch zu prüfen, ob für das Verwaltungsverfahren (des Bundes) eine analoge Regelung wie in Art. 138 Abs. 1 und 4 der Schweizerischen Zivilprozessordnung vom 19. Dezember 2008 (ZPO, SR 272) getroffen werden sollte. Die ZPO sieht dort für die Zivilverfahren vor, dass die Zustellung von Vorladungen, Verfügungen und Entscheiden durch eingeschriebene Postsendung oder auf andere Weise gegen Empfangsbestätigung erfolgen muss (Art. 138 Abs. 1 ZPO). Andere Sendungen kann das Gericht durch gewöhnliche Post zustellen (Art. 138 Abs. 4 ZPO).

Verfügungen, Entscheide und Vorladungen sollten von Gesetzes wegen mittels eingeschriebener Post oder anderweitig mit Empfangsbestätigung zugestellt werden, zumal Verfügungen bzw. Entscheide jeweils gesetzliche und damit nicht erstreckbare Rechtsmittelfristen enthalten. Die Wahl der Versandart sollte in diesen Bereichen nicht in das Ermessen der Behörde gelegt werden. Ein für alle Beteiligten unmittelbar ersichtliches und präzises Zustelldatum bei diesen Sendungen würde der Rechtssicherheit dienen. Dazu müssten – neben der vorgeschlagenen Regelung im Vernehmlassungsvorentwurf – die gesetzlichen Bestimmungen über die Eröffnung von Verfügungen/Entscheiden angepasst werden, namentlich Art. 34 Abs. 1 VwVG. Alle anderen Sendungen (solche ohne gesetzliche Fristen, wie z. B. die Zustellung von Eingaben der [allfälligen] Gegenpartei) sollen durch gewöhnliche Post, d. h. auch mit «A-Post Plus», zugestellt werden dürfen. Für solche Fälle soll die vorgeschlagene Regelung mit der Zustellung am nächsten Werktag gelten (u. a. Art. 20 Abs. 2^{bis} Bst. b VE-VwVG).

Die Einführung der Regelung, dass sämtliche behördliche Mitteilungen eingeschrieben bzw. gegen Empfangsbestätigung zugestellt werden sollen (wie im Strafprozessrecht, vgl. Art. 85 Abs. 2 der Strafprozessordnung vom 5. Oktober 2007, StPO, SR 312.0), würde zwar hinsichtlich des Fristbeginns für alle Beteiligten eines Verfahrens Klarheit bringen. Allerdings ist eine solche Regelung im vielseitigen Verwaltungsverfahren in dieser Absolutheit kaum angemessen und auch nicht angezeigt. Dies auch vor dem Hintergrund des damit verbundenen erheblich grösseren Kostenaufwands. Die Regelung von Art. 138 Abs. 1 und 4 ZPO berücksichtigt den Einzelfall besser.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und versichern Sie, Herr Bundesrat, unserer vorzüglichen Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates:


André Rüegsegger
Landammann




Dr. Mathias E. Brun
Staatsschreiber

Kopie an:

- die Schwyzer Mitglieder der Bundesversammlung.

Staatskanzlei, Regierungskanzlei, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches
Justiz- und Polizeidepartement (EJPD)
Herr Beat Jans
Bundesrat
Bundeshaus West
3003 Bern

Münchwil, 23. April 2024
249

Bundesgesetz über die Zustellung von Sendungen an Wochenenden und Feiertagen

Vernehmlassung

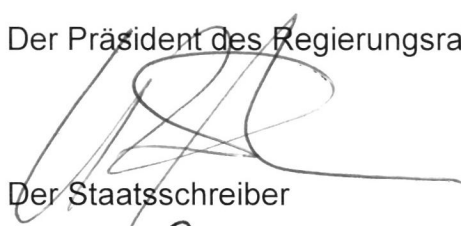
Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit der Stellungnahme zum Entwurf für ein Bundesgesetz über die Zustellung von Sendungen an Wochenenden und Feiertagen und teilen Ihnen mit, dass wir mit der Vorlage einverstanden sind.

Mit freundlichen Grüssen

Der Präsident des Regierungsrates

Der Staatsschreiber




Numero
2548

sl

0

Bellinzona
22 maggio 2024

Consiglio di Stato
Piazza Governo 6
Casella postale 2170
6501 Bellinzona
telefono +41 91 814 41 11
fax +41 91 814 44 35
e-mail can@ti.ch
web www.ti.ch

Repubblica e Cantone
Ticino

Il Consiglio di Stato

Signor
Beat Jans
Consigliere federale
Dipartimento federale di giustizia e polizia
Palazzo federale Ovest
3003 Berna

cornelia.perler@bj.admin.ch (Word e Pdf)

Procedura di consultazione concernente la Legge federale sulla notificazione della posta nei fine settimana e nei giorni festivi

Signor Consigliere federale,
gentili signore ed egregi signori,

vi ringraziamo per l'opportunità di esprimerci sul progetto della Legge federale sulla notificazione della posta nei fine settimana e nei giorni festivi posto in consultazione il 14 febbraio 2024 presso i Cantoni e gli altri soggetti interessati. L'avamprogetto, unitamente al rapporto esplicativo, è stato da noi esaminato in collaborazione con le varie autorità amministrative di prima istanza attive in seno ai Dipartimenti cantonali e le Corti di diritto pubblico del Tribunale d'appello cantonale.

Ringraziando per l'opportunità che ci viene offerta di esprimere il nostro giudizio, formuliamo le seguenti osservazioni.

1. Considerazioni generali

Il Consiglio di Stato prende atto che l'avamprogetto in esame attua la mozione n. 22.3381 "Armonizzazione del computo dei termini" della Commissione degli affari giuridici del Consiglio nazionale (CAG-N), che chiede di unificare il computo dei termini nell'ordinamento giuridico svizzero applicando la medesima soluzione al problema venutosi a creare in seguito all'introduzione da parte della Posta svizzera della notificazione con il timbro A-Plus (non firmata) nei fine settimana e nei giorni festivi di invii che determinano l'inizio della decorrenza di un termine il giorno stesso della notifica, a quella trovata per il diritto processuale civile. Il legislatore federale ha infatti introdotto, nel quadro della recente revisione del Codice di procedura civile (CPC) che entrerà in vigore il 1° gennaio 2025, un nuovo articolo 142 capoverso 1bis, secondo cui *"Nei procedimenti civili, la notificazione per invio postale ordinario durante un sabato, una domenica o un*

giorno festivo di comunicazioni determinanti l'inizio della decorrenza di un termine è considerata avvenuta il primo giorno feriale seguente”.

Con il presente avamprogetto si vuole ora introdurre una formulazione del tutto simile nelle seguenti leggi federali: Legge sulla procedura amministrativa (PA), Legge sul Tribunale federale (LTF), Legge federale sulla decorrenza dei termini nei giorni di sabato (RS 173.110.3), Procedura penale militare (PPM), Legge federale sull'imposta federale diretta (LIFD) e Legge federale sulla parte generale del diritto delle assicurazioni generali (LPGA). La procedura penale non sarà invece interessata da questa riforma, posto che il Consiglio federale ha escluso la notifica di atti con posta A-plus non firmata, ribadendo la sola validità dell'invio per raccomandata o contro ricevuta ai sensi dell'articolo 85 capoverso 2 del Codice di procedura penale (CPP).

Secondo il diritto vigente infatti, se la notifica di un atto avviene di sabato, il termine inizia a decorrere di domenica, a prescindere dal fatto che il destinatario abbia effettivamente preso atto o meno della comunicazione; se l'atto notificato è impugnabile, i termini di impugnazione iniziano a scorrere già nel giorno festivo a sua insaputa, causandogli così un pregiudizio giuridico. Con le modifiche proposte, la notificazione inizierà ad esplicare i suoi effetti, tra i quali la decorrenza dei termini, solo a partire dal primo giorno feriale successivo (v. Rapporto esplicativo, punto 3.1.2, pag. 11).

2. Posizione del Consiglio di Stato sull'avamprogetto

Per ragioni di attribuzione delle competenze, il presente progetto considera unicamente il diritto federale e persegue la sua armonizzazione completa in termini di notifica di invii postali nei fine settimana e nei giorni festivi (ad eccezione, come già rilevato, della procedura penale).

Come tale, lo scrivente Consiglio accoglie favorevolmente le proposte di modifica delle leggi federali contenute nell'avamprogetto posto in consultazione, a maggior ragione se si considera che dal 1° gennaio 2025 anche nel Codice di procedura civile entrerà in vigore una norma specifica in materia. Si concorda con il Rapporto esplicativo laddove viene indicato che la finzione di recapito al primo giorno feriale migliorerà la posizione dei destinatari delle notificazioni, e ciò con un impatto trascurabile sulla durata delle procedure e quindi senza ripercussioni a livello del principio della celerità processuale (Rapporto esplicativo, pag. 12 in alto). Le autorità cantonali consultate, sia di prima che di seconda istanza, hanno – come si dirà di seguito - nella stragrande maggioranza espresso pareri positivi sulla postulata modifica del diritto federale.

3. Conseguenze a livello cantonale

Nella lettera di avvio della procedura di consultazione, il DFPG ha precisato che l'avamprogetto in esame riguardava esclusivamente la legislazione federale, ma che i Cantoni erano tuttavia invitati ad esprimersi sulle eventuali conseguenze legate alla prossima introduzione di queste nuove norme nei loro ordinamenti giuridici, esaminando la necessità e l'opportunità di adeguare le proprie normative interne al fine di uniformare il più possibile a livello svizzero le regole sulla notificazione di invii che determinano l'inizio della decorrenza di un termine (v. anche Rapporto esplicativo, punto. 5.2, pag. 23).

Nel campo dell'applicazione del diritto cantonale (inclusi i Comuni) per il computo dei termini vanno innanzitutto prese in considerazione le prescrizioni da questo previste. Ora, le implicazioni per il Cantone Ticino riguardano soprattutto le autorità amministrative di primo grado, solitamente inserite nei vari Dipartimenti, e quelle giudiziarie di secondo grado, segnatamente le Corti di diritto pubblico del Tribunale di appello, visto e considerato che né la legge di procedura amministrativa cantonale (v. art. 13 cpv. 3 LPamm), né la legge tributaria cantonale (v. art. 192 cpv. 2 LT), né la Legge di procedura per le cause amministrative davanti al Tribunale cantonale delle assicurazioni (Lptca) prevedono attualmente norme sul computo dei termini come quella che l'avamprogetto vuole inserire a livello federale per risolvere il menzionato problema delle notificazioni ufficiali tramite posta A+.

La consultazione interna svolta dal Consiglio di Stato presso queste autorità ha permesso di raccogliere un consenso quasi unanime sull'opportunità di inserire anche nelle leggi di procedura cantonale di diritto amministrativo la finzione giuridica proposta a livello federale. In caso di approvazione, provvederemo quindi a procedere in tal senso.

Vogliate gradire, signor Consigliere federale, gentili signore, egregi signori, i sensi della nostra massima stima.

PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Presidente

Christian Vitta

Il Cancelliere

Arnoldo Coduri

Copia a:

- Direzione del Dipartimento delle istituzioni (di-dir@ti.ch)
- Segreteria generale del Dipartimento delle istituzioni (di-sg.ap@ti.ch)
- Divisione della giustizia (di-dg@ti.ch)
- Deputazione ticinese alle Camere federali (can-relazioniesterne@ti.ch)
- Pubblicazione in Internet



Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Bundesamt für Justiz BJ
Bundesrain 20
3003 Bern

Bundesgesetz über die Zustellung von Sendungen an Wochenenden und Feiertagen

Sehr geehrter Herr Direktor
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 14. Februar 2024 hat das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) den Regierungsrat im Rahmen eines Vernehmlassungsverfahrens eingeladen, zum Bundesgesetz über die Zustellung von Sendungen an Wochenenden und Feiertagen Stellung zu nehmen.

Wir begrüßen die Vorlage, die bezweckt, dass im ganzen Bundesrecht eine einheitliche Regelung für die Zustellung von fristauslösenden Postsendungen an Wochenenden und Feiertagen gilt. Damit haben künftig alle Empfängerinnen und Empfänger mindestens einen Werktag Zeit, um die Sendung in Kenntnis zu nehmen, bevor die Frist zu laufen beginnt. Zudem sind wir bestrebt, den Anpassungsbedarf in der kantonalen Gesetzgebung zu prüfen.

Sehr geehrter Herr Direktor, sehr geehrte Damen und Herren, wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Altdorf, 26. April 2024



Im Namen des Regierungsrats

Der Landammann

Der Kanzleidirektor

Urs Janett

Roman Balli



CONSEIL D'ETAT

Château cantonal
1014 Lausanne

Monsieur le Conseiller fédéral
Beat Jans
Chef du Département fédéral de justice
et police
Palais fédéral
3030 Berne

Par courriel à : cornelia.perler@bj.admin.ch
(une version Word et une version PDF)

Réf. : 24_COU_1113

Lausanne, le 15 mai 2024

Consultation fédérale sur les notifications d'actes le week-end et les jours fériés

Monsieur le Conseiller fédéral,

Le Conseil d'Etat du Canton de Vaud vous remercie d'avoir sollicité son avis sur l'avant-projet de loi sur les notifications d'actes le week-end et les jours fériés.

Après avoir mené une consultation auprès des organismes concernés du canton, il a l'honneur de vous faire part de ses déterminations.

Le Conseil d'Etat vaudois soutient le projet sur le principe, ainsi que les modifications législatives proposées. Les nouvelles règles permettent une clarification de la question de la notification des *courriers A plus* et sont de nature à servir les intérêts des justiciables. En effet, ceux-ci ne seront plus privés de jours de recours pour le cas où ils ne prendraient connaissance de la communication que tardivement, par exemple parce qu'ils seraient absents du bureau ou ne relèveraient pas leur case postale le samedi. Reprendre la solution trouvée pour le code de procédure civile dans toutes les autres lois comportant des règles de computation des délais permet une simplification et une harmonisation bienvenues.

Le Conseil d'Etat profite également de la présente pour vous informer que notre canton élabore actuellement un projet de loi pour harmoniser les règles cantonales de computation des délais avec les solutions retenues en droit fédéral, dont il souhaite, dans toute la mesure du possible, une entrée en vigueur coïncidant avec celle de la nouvelle loi fédérale.

En vous remerciant de l'accueil que vous réserverez à la présente, nous vous prions d'agréer, Monsieur le Conseiller fédéral, l'expression de notre considération distinguée.

AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

LA PRESIDENTE



Christelle Luisier Brodard

LE CHANCELIER



Michel Staffoni

Copies

- Office des affaires extérieures
- Direction générale des affaires institutionnelles et des communes, Direction des affaires juridiques



2024.01815



Monsieur
Beat Jans
Conseiller fédéral
Chef du Département fédéral de justice et
police
Palais fédéral ouest
3003 Berne



Notre réf. MT

Date 1 MAI 2024

Consultation sur l'avant-projet de loi fédérale sur les notifications d'actes le week-end et les jours fériés

Monsieur le Conseiller fédéral,

Le Conseil d'Etat valaisan vous remercie de l'avoir consulté sur l'avant-projet cité en exergue et vous communique, ci-après, sa détermination.

Le Conseil d'Etat valaisan soutient l'avant-projet de loi fédérale mettant en œuvre la motion 22.3381 de la Commission des affaires juridiques du Conseil national (CAJ-N), intitulée « De l'harmonisation de la computation des délais ». Le but de cette motion est d'appliquer à la législation fédérale comportant des règles de computation des délais la solution adoptée le 17 mars 2023 par l'Assemblée fédérale dans le cadre de la modification du code de procédure civile (voir art. 142 al. 1^{bis} nCPC) pour résoudre le problème de la notification par courrier A Plus le week-end et les jours fériés de communications déclenchant des délais.

Selon le droit révisé de la procédure civile qui entrera en vigueur le 1^{er} janvier 2025, un acte remis par courrier ordinaire un samedi, un dimanche ou un jour férié reconnu n'est réputé notifié que le premier jour ouvrable qui suit. Une notification intervenant par courrier ordinaire un samedi, un dimanche ou un jour férié ne sera plus une source d'inconvénients si le destinataire est absent à ce moment-là. Il ne perdra donc pas des jours s'il prend effectivement connaissance du courrier le lundi. Il ne sera également plus tenu de se demander en vidant sa boîte aux lettres si la lettre est arrivée le samedi ou le lundi ; dans les deux cas, le délai commencera le mardi. Ce résultat aboutit à davantage de sécurité juridique et à une simplification pour les justiciables et leurs mandataires.

Cela dit, la transmission électronique prévue par le projet de loi fédérale sur les plateformes de communication électronique dans le domaine judiciaire (LPCJ) rendra somme toute cette problématique obsolète en ce qui concerne les avocats qui auront l'obligation d'utiliser cette avancée technologique. Pour disposer d'une preuve de la transmission de documents à la plateforme et du moment où ils ont été consultés, la plateforme délivrera des quittances, ce qui facilitera le travail des autorités et des avocats.

Dans le même souci d'harmonisation et de clarté du droit, il est proposé une disposition semblable à l'article 118a de l'avant-projet de modification de la loi fédérale du 14 décembre 1990 sur l'impôt fédéral direct (LIFD ; RS 642.11) à insérer dans la loi fédérale du 14 décembre 1990 sur l'harmonisation des impôts directs des cantons et des communes (LHID ; RS 642.14). Il y a lieu ainsi de compléter l'avant-projet dans ce sens.



En conclusion, le Conseil d'Etat valaisan est favorable et salue le principe d'harmonisation proposée par le présent avant-projet de loi fédérale qui touche des lois de procédure et certaines lois matérielles, ainsi que la loi fédérale du 21 juin 1963 sur la supputation des délais comprenant un samedi, sous réserve de la remarque précitée.

Nous vous remercions par avance de l'attention que vous porterez à notre prise de position et vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'assurance de notre haute considération.

Au nom du Conseil d'Etat

Le président

Franz Ruppen



La chancelière

Monique Albrecht

Copie à cornelia.perler@bj.admin.ch



Regierungsrat, Postfach, 6301 Zug

Nur per E-Mail

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD
Bundeshaus West
3003 Bern

Zug, 21. Mai 2024 rv

Vernehmlassung zum Bundesgesetz über die Zustellung von Sendungen an Wochenenden und Feiertagen
Stellungnahme des Kantons Zug

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 14. Februar 2024 haben Sie die Kantonsregierungen eingeladen, sich bis am 24. Mai 2024 zur obgenannten Vorlage vernehmen zu lassen. Nach Rücksprache mit dem Obergericht und dem Verwaltungsgericht des Kantons Zug teilen wir Ihnen gerne mit, dass wir der Vorlage zustimmen.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse
Regierungsrat des Kantons Zug

Silvia Thalmann-Gut
Frau Landammann

Tobias Moser
Landschreiber

Versand per E-Mail an:

- Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD
(cornelia.perler@bj.admin.ch; PDF- und Word-Version)
- Sicherheitsdirektion (info.sd@zg.ch)
- Volkswirtschaftsdirektion (info.vds@zg.ch)
- Obergericht des Kantons Zug (info.og@zg.ch)
- Verwaltungsgericht des Kantons Zug (info.vg@zg.ch)
- Zuger Mitglieder der Bundesversammlung
- Staatskanzlei (info.staatskanzlei@zg.ch; zur Aufschaltung der Vernehmlassungsantwort im Internet)



Elektronisch an cornelia.perler@bj.admin.ch



**Kanton Zürich
Regierungsrat**

staatskanzlei@sk.zh.ch
Tel. +41 43 259 20 02
Neumühlequai 10
8090 Zürich
zh.ch

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement
3003 Bern

15. Mai 2024 (RRB Nr. 517/2024)

**Bundesgesetz über die Zustellung von Sendungen an Wochenenden
und Feiertagen (Vernehmlassung)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 14. Februar 2024 haben Sie uns den Entwurf für ein Bundesgesetz über die Zustellung von Sendungen an Wochenenden und Feiertagen zur Vernehmlassung unterbreitet. Wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme und äussern uns wie folgt:

Allgemeine Bemerkungen

Es ist nachvollziehbar, dass Personen, die an Wochenenden und Feiertagen fristsetzende Sendungen per «A-Post Plus» erhalten, nach der geltenden Regelung einem Irrtum über den Beginn der Frist unterliegen und dadurch einen Rechtsverlust erleiden können. Um das zu vermeiden, könnte die Empfängerin oder der Empfänger jedoch den Tag der Zustellung über die Sendungsnummer und die Sendungsnachverfolgung zweifelsfrei feststellen. Zudem schafft die für das Zivilprozessrecht gefundene Regelung eine Ungleichbehandlung zwischen elektronischen Zustellungen und Zustellungen per «A-Post Plus». Dadurch besteht die Gefahr, dass rechtsunterworfenen Personen bezüglich des elektronischen Verfahrens ein Irrtum unterliegen und fälschlicherweise die Regelungen für «A-Post Plus» anwenden und dadurch Fristen verpassen. Weiter können sich bei der vorgesehenen Ausdehnung der Regelung auf die materiellen Fristen des Zivilrechts die absendenden Personen irrtümlicherweise an der bisherigen Regelung orientieren und dadurch Fristen verpassen (vgl. erläuternder Bericht, S. 18). Somit werden mit der neuen Regelung mindestens so viele neue potenzielle Irrtümer geschaffen wie beseitigt und man könnte bei der bisherigen Regelung bleiben.

Der Gesetzgeber hat die Zivilprozessordnung jedoch bereits angepasst. Es ist deshalb konsequent, wenn die übrigen Erlasse ebenfalls angepasst und die Regelungen über die Zustellung von «A-Post Plus» vereinheitlicht werden. Deshalb begrüssen wir die Vorlage trotz der geschilderten Einwände.



Elektronische Zustellung über Plattformen

Die bereits beschlossene Regelung in Art. 142 Abs. 1^{bis} der Zivilprozessordnung stellt auf die Zustellung durch «gewöhnliche Post» ab. Damit sind elektronische Zustellungen über die Plattformen nach dem geplanten Bundesgesetz über die Plattformen für die elektronische Kommunikation in der Justiz (oder bei materiell-rechtlichen Fristen auf anderem Weg mit qualifizierter elektronischer Signatur) ausgenommen.

Die Vernehmlassungsvorlage stellt hingegen darauf ab, dass die Mitteilung «nicht gegen Unterschrift überbracht» wird. Damit sind elektronische Zustellungen eingeschlossen. Zwar wird der Empfang der Mitteilung von der Plattform quittiert, aber nicht von der empfangenden Person mit Unterschrift bestätigt. Damit das Ziel der Vorlage, die Regeln zur Fristberechnung zu vereinheitlichen, erreicht wird, sollten elektronische Zustellungen in allen Bundeserlassen einheitlich ausgenommen oder eingeschlossen sein.

Art. 1a Bundesgesetz über den Fristenlauf an Samstagen

Gemäss Art. 1a Abs. 3 des Bundesgesetzes über den Fristenlauf an Samstagen (SR 173.110.3) gilt die gesetzliche Zustellregelung nur unter Vorbehalt vertraglicher Regelungen. Unseres Erachtens können damit nur vertragliche Regelungen zwischen der absendenden und der empfangenden Person gemeint sein, nicht aber vertragliche Regelungen der empfangenden Person mit Dritten (z. B. einen Rückhaltungsauftrag mit der Post). Das sollte präzisiert werden.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates

Die Präsidentin:

Die Staatsschreiberin:

Natalie Rickli

Dr. Kathrin Arioli



Per E-Mail:

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
Bundeshaus West
3003 Bern

E-Mail-Adresse: cornelia.perler@bj.admin.ch

Zürich, 14. Mai 2024

Vernehmlassung zum Bundesgesetz über die Zustellung von Sendungen an Wochenenden und Feiertagen

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 14. Februar 2024 in rubrizierter Angelegenheit und bedanken uns für die Möglichkeit, zu der ausgearbeiteten Vorlage Stellung nehmen zu können.

1. Allgemeine Vorbemerkungen

EXPERTsuisse begrüsst eine Harmonisierung der Fristenberechnung in der schweizerischen Rechtsordnung basierend auf der Motion 22.3381 der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates. Die Motion bezweckt, die für das Zivilprozessrecht in den parlamentarischen Beratungen am 12. September 2022 gefundene Lösung für das Problem der Zustellung von fristsetzenden Sendungen per «A-Post Plus» an Wochenenden und Feiertagen auf alle anderen einschlägigen Erlasse zu übertragen. Damit wird sichergestellt, dass in der übrigen Rechtsordnung des Bundes die gleichen Regeln gelten wie im Bereich des Zivilprozessrechts.

Die Anpassung betrifft lediglich die vom Bund erhobenen Steuern. Bei der direkten Bundessteuer ist das DBG massgebend und für die kantonalen Steuern kann der Bund keine Vorgaben machen. Daher kann nicht ausgeschlossen werden, dass es in der Praxis von den kantonalen Steuerverwaltungen anders gehandhabt wird.

2. Weitere Bemerkungen und konkretes Anliegen

EXPERTsuisse erlaubt sich an dieser Stelle ihr Anliegen an den Bundesrat zu erwähnen, die Eidgenössische Steuerverwaltung möge bis zum Inkrafttreten der Änderung auf einen Versand von rechtsmittelfähigen Dokumenten an Freitagen zu verzichten.

Wir hoffen, Ihnen mit unseren Ausführungen zu dienen und stehen Ihnen für die Beantwortung von Fragen zur Verfügung.

Freundliche Grüsse
EXPERTsuisse



Daniel Gentsch
Präsident Kommission Steuern



Benno Suter
Präsident Kommission indirekte Steuern

Baumgartenstrasse 47
5707 Seengen
Email: martin.fischer@bluewin.ch
Tel: +41 (0)79 400 23 84

Per E-Mail

Abs: Martin Fischer Baumgartenstrasse 47,
CH-5707 Seengen

**Eidg. Justiz- und Polizeidepartement
Bundeshaus West**

3003 Bern

2023/69

Vernehmlassungsantwort:

**Bundesgesetz über die Zustellung von Sendungen an Wochenenden und
Feiertagen**

Sehr geehrte Damen und Herren

Einleitung

Grundsätzlich ist ein Bestreben zur Harmonisierung der Fristenberechnung von Zustellungen zu begrüssen.

Fristauslösende Mitteilungen im Rechtsverkehr müssen entweder eingeschrieben mit oder ohne Rückmeldeschein, als Gerichtsurkunde oder mittels einer nicht eingeschriebenen Sendung, jedoch mit Zustellnachweis des Zustellers (Pöstler) dem Empfänger verschickt werden. Die Art der Zustellung bestimmen die jeweiligen Gesetze von Bund, Kantone und Gemeinden.

Bedient sich eine Behörde für amtliche, fristauslösende Mitteilungen einer Hilfsperson – (Post) -, muss sie sich deren Handlung grundsätzlich anrechnen lassen.

Es dürfen einer Partei (Empfänger) durch falsche Angaben oder Handlungen der Hilfsperson, der sich die Behörde bedient, keine Nachteile erwachsen, es sei denn, der Fehler sei offenkundig bzw. für die Partei erkennbar gewesen.

In den letzten Jahren, gerade inflationär ist festzustellen, dass Behörden die A-Post Plus Postsendungen als ein einfaches, kostensenkendes Zustellverfahren entdecken und anwenden. Diesbezüglich werden auch erkennbar zunehmend Gesetzänderungen vollzogen, die vom gesetzlich vorgeschriebenen Einschreiben auf die A-Post-Plus Zustellung wechseln.

Durch einen Wechsel der Art der Zustellung vom Einschreiben zur A-Post Plus Zustellung, wird dem Empfänger die Wahl genommen einen ersten Zustellversuch abzuweisen oder nicht erreichbar sein zu müssen. Im Gegensatz zur A-Post Plus Sendung gewinnt der Empfänger mit der bei nicht Erreichen ausgestellten Abholungseinladung eine maximale Frist von sieben Tagen (Zustellfiktion). Erst ab dann spätestens beginnt der gesetzlich oder behördlich festgelegte Fristenlauf.

Aus Sicht der Gleichbehandlung wird demnach der A-Post Plus Empfänger gegenüber dem Einschreiben-Empfänger fundamental benachteiligt.

Ergänzung Gesetzestext

Folgende Ergänzung wird vorgeschlagen.

Folgende Mitteilungen gelten zum nachstehenden Zeitpunkt als zugestellt

a. eine Mitteilung, die nur gegen Unterschrift des Adressaten oder einer anderen berechtigten Person überbracht wird: spätestens am siebten Tag nach dem ersten erfolglosen Zustellungsversuch;

b. eine Mitteilung, die an einem Samstag, Sonntag oder einem vom Bundesrecht oder vom kantonalen Recht anerkannten Feiertag nicht gegen Unterschrift überbracht wird: am nächstfolgenden siebten Werktag

Begründung

A-Post Plus Sendungen wurden Ihrem Wesen nach von der Schweizerischen Post ursächlich für den privaten Geschäftsverkehr entwickelt.

Feststellbar und Ausfluss dieses Gesetzesvorschlags, behündigt sich die öffentliche Verwaltung und Justiz zunehmend mit A-Post Plus Sendungen als rechtsgenügende Zustellform.

Dies wird u.a. auch durch aktuelle Änderungen in einzelnen Gesetzen (Bund, Kantone, Gemeinden) selbst dokumentiert.

Der Nutzen für die öffentliche Verwaltung ist klar: Weniger Kosten, weniger administrativer Aufwand, besser automatisierbar.

Was aber zusätzlich geschieht und möglicherweise gar von den öffentlichen Behörden bewusst in Kauf genommen wird, ist eine durch veränderte Zustellart entstandene strukturelle Benachteiligung der Rechtssuchenden hinsichtlich der Fristenläufe (Nur noch maximal ein Tag statt sieben Tage). – D.h. Die Form der Zustellung mittels A-Post Plus erzeugt aus Gründen des anonymen Einwurfs in den Briefkasten durch die Hilfsperson (Pöstler) potenziell Fristenfallen.

Der einzelne Bürger nutzt privat und geschäftlich kaum noch die briefliche Korrespondenz. Der Austausch von Korrespondenz aller Art findet heutzutage hauptsächlich nur noch digital statt. (Auch die Zustellung dieser Vernehmlassungsantwort).

Der Briefkasten hat für einen grossen Teil der Bevölkerung daher kaum mehr eine Bedeutung. Dies wird dadurch dokumentiert, dass der Bürger vielleicht noch ein oder zweimal die Woche in seinen Briefkasten schaut.

Mit einer A-Post Plus Zustellung gerät ein Bürger, der nicht täglich seinen Briefkasten prüft, beispielsweise er erhält eine die Mahnung zur Einreichung der Steuererklärung mit 20-tägiger Frist, in eine potenzielle Fristenfalle. – Er kann am Brief nicht erkennen an welchem Tag der Brief eingeworfen wurde. Er läuft daher latent Gefahr zu spät der behördlichen Aufforderung/Frist nachzukommen und riskiert die Abweisung sowie unschuldig mit Sanktionen belegt zu werden.

Auch die Gerichte aller Ebenen sind betreffend Fristen und Zustellung für A-Post Plus Sendungen in ihrer Entscheid-Praxis zunehmend gnadenlos.

Die mögliche Auffassung ein Bürger habe die Pflicht, täglich in seinen Briefkasten zu schauen, sollte in der heutigen, digitalen Zeit eher als Anmassung als normale Lebensroutine aufgefasst werden.

Auch auf Grund möglicher, kurzfristiger Abwesenheiten des Bürgers wie bei einem Wochenurlaub, verlängertes Wochenende, Krankheit etc. macht eine Gewährung der siebentägigen Zustellfiktion für A-Post Plus Sendungen notwendig.

Im Einschreiben werden diesbezüglich Unpässlichkeiten des Empfängers mit der siebentägigen Frist bestens geschützt. Der Empfänger an der Tür kann beim ersten Zustellungsversuch die Annahme verweigern und vom Überbringer die Abholungseinladung einfordern. Die Abholungseinladung gewährt ihm in der Folge eine gesetzlich verankerte siebentägige Fristverlängerung.

Ein Umstand, den der A-Post Plus Empfänger nicht genießt und dadurch eine krasse Benachteiligung erfährt.

Die Anhebung der Zustellfiktion auf sieben Tage in den Gesetzen für nicht eingeschriebene Sendungen ist daher ein zwingendes Gebot.

Auch deshalb, weil es annähernd den allseits positiven, rechtlichen Zustand in die Zeit vor der Existenz A-Post Plus Sendungen zurückfindet.

Der aktuelle hier vorliegende Gesetzesvorschlag beseitigt nur marginal die Erzeugung von Fristenfallen und kann daher nicht im Interesse des Bürgers sein. – Der Unmut über die behördlichen A-Post Plus Zustellungen können in vielen diesbezüglichen Beiträgen im Internet gefunden werden.

Bundesrat und Parlament werden daher gebeten die hier vorgeschlagene Änderung, Ergänzung mit einem Wort (Ziff 2...am nächstfolgenden **siebten** Werktag) wohlwollend zu prüfen und im Gesetz einzubauen.

Kantone und Gemeinden sollen eingeladen werden dem vorgeschlagenen Wortlaut in ihrer eigenen Gesetzgebung zu folgen.

Freundliche Grüsse



Martin Fischer

DIRECTION GENERALE

DG/gpo

Par courrier électronique

Département fédéral de justice et
police
Monsieur Beat Jans
Conseiller fédéral
3003 Berne
cornelia.perler@bj.admin.ch

Genève, le 15 avril 2024

Consultation relative à la loi fédérale sur les notifications d'actes le week-end et les jours fériés

Monsieur le Conseiller fédéral,

Nous nous référons à l'affaire visée en marge et vous remercions de l'invitation à prendre position.

Nous avons pris connaissance avec intérêt du projet de révision que nous soutenons puisqu'il tend à l'unification des règles en matière de notification le week-end et les jours fériés, ce qui contribue assurément à une plus grande sécurité juridique.

Nous vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'assurance de notre parfaite considération.



André SCHNEIDER
Directeur général



Gaël POGET
Délégué aux affaires extérieures

Copie (électronique) :
- interne : cwi
- Flughafen Zürich AG/D. Karrer



Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren
Conférence des directrices et directeurs des départements cantonaux de justice et police
Conferenza delle direttrici e dei direttori dei dipartimenti cantonali di giustizia e polizia

Per Mail an:
cornelia.perler@bj.admin.ch

Bern, 22.05.2024
02.02 jäg

Bundesgesetz über die Zustellung von Sendungen an Wochenenden und Feiertagen

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) wurde eingeladen, zu oben erwähnter Vernehmlassung Stellung zu nehmen. Die KdK hat innerhalb der Direktorenkonferenzen die Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) mit der Federführung dieser Vernehmlassung betraut.

Der Vorstand KKJPD hat in seiner Sitzung vom 8. März 2024 beschlossen, auf eine Stellungnahme im Namen der KKJPD zu verzichten und es den einzelnen Kantonen zu überlassen, sich zur Vorlage zu äussern.

Besten Dank für die Kenntnisnahme.

Mit freundlichen Grüssen

Florian Düblin
Generalsekretär

par courriel: cornelia.perler@bj.admin.ch

MM/RR/Im 312

Berne, le 24 mai 2024

Consultation de la Fédération suisse des avocats relative à l'avant-projet de loi fédérale sur les notifications d'actes le week-end et les jours fériés

Monsieur le Conseiller fédéral,
Mesdames, Messieurs,

La Fédération suisse des avocats (ci-après FSA) vous remercie de lui avoir donné l'occasion de prendre position dans le cadre de la consultation susmentionnée. Elle se détermine comme il suit.

La Poste suisse délivre des communications dont elle assure la traçabilité par courrier « A+ » y compris le samedi, ce qui peut s'avérer problématique pour le destinataire

En effet, selon le Tribunal fédéral, avec cette méthode d'envoi, un numéro est attribué au courrier et celui-ci est expédié, comme un pli recommandé, en courrier « A+ ». La différence avec les envois postaux recommandés est que le destinataire n'en accuse pas réception. En cas d'absence du destinataire, celui-ci n'est par conséquent pas non plus avisé par le dépôt d'une invitation à retirer l'envoi. La notification est en revanche enregistrée par voie électronique au moment où l'envoi est déposé dans la case postale ou dans la boîte à lettres du destinataire. De cette façon, le suivi de l'envoi jusqu'à la zone de réception du destinataire est possible avec l'aide de « Track & Trace », le système de recherche électronique de la poste. Un extrait « Track & Trace » n'est toutefois pas susceptible de prouver que l'envoi est effectivement parvenu dans la zone de réception du destinataire, mais uniquement qu'un enregistrement correspondant a été fait dans le système d'enregistrement de la poste. Cet enregistrement est un indice qui permet de déduire que l'envoi a été déposé dans la boîte à lettres ou la case postale du destinataire. Vu l'absence d'un accusé de réception, l'extrait « Track & Trace » n'indique pas si l'envoi a effectivement été remis à quelqu'un, le cas échéant à qui

et encore moins que quelqu'un en a réellement pris connaissance (ATF 142 III 599, consid. 2.2, JdT 2019 II 169).

Si la notification a lieu un samedi, le droit en vigueur prévoit que le délai commence à courir le dimanche. Le fait que le destinataire ait effectivement pris connaissance de la communication ou non le samedi ne fait pas de différence. Cette solution est de nature à limiter de deux voire trois jours les délais à disposition du justiciable et lui est évidemment défavorable.

Pour contourner ces inconvénients, le droit déjà révisé de la procédure civile et qui entrera en vigueur le 1er janvier 2025, prévoit qu'une communication remise par courrier ordinaire (y compris « A+ ») un samedi, un dimanche ou un jour férié est réputée notifiée seulement le premier jour ouvrable qui suit (fiction de notification)¹.

L'avant-projet qui nous est soumis a pour but d'étendre la solution adoptée par le code de procédure civile à toutes les autres lois comportant des règles de computation des délais, afin d'unifier ces règles à l'échelon de la Confédération. Il s'agit de la loi fédérale sur la procédure administrative, de la loi sur le Tribunal fédéral, du code pénal militaire, du code de procédure pénale militaire, de la loi fédérale sur l'impôt fédéral direct, de la loi fédérale sur la partie générale du droit des assurances sociales et de la loi fédérale sur la supputation des délais comprenant un samedi. L'ensemble du droit fédéral est ainsi couvert.²

La modification proposée doit être saluée et approuvée : elle met fin à une solution défavorable au justiciable sans qu'aucun intérêt légitime ou même pratique ne le justifie³. Elle consacre en outre une solution uniforme pour l'ensemble du droit fédéral – de surcroît d'ores et déjà adoptée dans le code de procédure civile – et met fin à toute incertitude.

La FSA fait cependant remarquer qu'une pratique existe auprès de certaines autorités de poursuite pénale qui consiste à notifier des actes en courrier « A », notamment des « avis aux parties » lors de la mise en œuvre d'une expertise psychiatrique, impartissant un délai pour se prononcer sur le choix d'experts et les questions à leur soumettre. Dans de telles constellations, la question se pose de savoir s'il s'agit d'un « prononcé » au sens de l'art. 85 al. 2 CPP qui aurait dû être notifié avec accusé de réception ou s'il s'agit d'un autre acte. Dans la seconde hypothèse, se pose alors la question de la computation du délai si un tel acte est notifié un samedi. Dans l'idée d'une unification complète relative à la computation

¹ Le nouvel art. 142 al. 1^{bis} CPC dispose ce qui suit « Lorsqu'un acte notifié par envoi postal normal au sens de l'art. 138, al. 4, est reçu un samedi, un dimanche ou un jour férié prévu par le droit fédéral ou le droit cantonal du siège du tribunal, la communication au sens de l'al. 1 est réputée avoir lieu le premier jour ouvrable qui suit ». En procédure civile, rares cependant sont les actes judiciaires faisant partir un délai qui ne soient pas soumis selon l'art. 138 à une exigence de notification par recommandé ou contre accusé de réception (Tappy, La révision du CPC (projet du 26 février 2020). Etat avant l'élimination des dernières divergences, in *Revue de l'avocat* 3/2023, p. 106, note 15).

² Vu l'art. 85 al. 2 CPP qui prévoit que « Les autorités pénales notifient leurs prononcés par lettre signature ou par tout autre mode de communication impliquant un accusé de réception, notamment par l'entremise de la police », la procédure pénale n'est pas concernée par cette problématique.

³ Bauer, Des améliorations utiles, une incongruité et une erreur, in *Revue de l'avocat* 5/2023, p. 201.

des délais, la FSA saluerait l'application de cette nouvelle loi fédérale également à l'égard du Code de procédure pénale.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez aux présentes remarques, nous vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, Mesdames, Messieurs, à l'assurance de nos sentiments distingués,

Président FSA

Matthias Miescher

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'M. Miescher', with a stylized, flowing script.

Secrétaire général FSA

René Rall

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'R. Rall', with a stylized, flowing script.

Von: [Maeder Sabine](#)
An: [Perler Cornelia BJ](#)
Betreff: AW: BG über die Zustellung von Sendungen an Wochenenden und Feiertagen / LF sur les notifications d'actes le week-end et les jours fériés / LF sulla notificazione della posta nei fine settimana e nei giorni festivi
Datum: Dienstag, 19. März 2024 10:50:18

Sehr geehrte Frau Perler

Wir danken Ihnen bestens für die Gelegenheit in eingangs erwähnter Sache Stellung nehmen zu können.

Da diese Vorlage gemäss Dossieraufteilung zwischen economiesuisse und dem Schweizerischen Arbeitgeberverband von economiesuisse bearbeitet wird, verzichtet der SAV auf eine Stellungnahme zu dieser Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse
Sabine Maeder

Assistentin
SCHWEIZERISCHER ARBEITGEBERVERBAND
Hegibachstrasse 47
Postfach
8032 Zürich
Tel. +41 44 421 17 17
Direktwahl: +41 44 421 17 42
maeder@arbeitgeber.ch
<http://www.arbeitgeber.ch>



Bundesamt für Justiz
Frau Cornelia Perler
Bundesrain 20
3003 Wabern - Bern
cornelia.perler@bj.admin.ch

Bern, 22. Mai 2024 sgv-KI/ym

Vernehmlassungsantwort: Bundesgesetz über die Zustellung von Sendungen an Wochenenden und Feiertagen

Sehr geehrte Frau Perler

Als grösste Dachorganisation der Schweizer Wirtschaft vertritt der Schweizerische Gewerbeverband sgV über 230 Verbände und über 600 000 KMU, was einem Anteil von 99.8 Prozent aller Unternehmen in unserem Land entspricht. Im Interesse der Schweizer KMU setzt sich der grösste Dachverband der Schweizer Wirtschaft für optimale wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen sowie für ein unternehmensfreundliches Umfeld ein.

Mit Schreiben vom 14. Februar 2024 lädt das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement EJPD ein, sich zum Bundesgesetz über die Zustellung von Sendungen an Wochenenden und Feiertagen zu äussern. Die Vorlage setzt die Motion 22.3381 der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates «Harmonisierung der Fristenberechnung» um und bezweckt, die für das Zivilprozessrecht gefundene Lösung für das Problem der Zustellung von fristsetzenden Sendungen per «A-Post Plus» an Wochenenden und Feiertagen auf alle anderen einschlägigen Erlasse zu übertragen. Damit wird sichergestellt, dass in der übrigen Rechtsordnung des Bundes die gleichen Regeln gelten wie im Bereich des Zivilprozessrechts.

Der Schweizerische Gewerbeverband sgV unterstützt die Vorlage.

Der Schweizerische Gewerbeverband hat bereits die entsprechende Motion (22.3381) im parlamentarischen Prozess unterstützt, ebenso wie die damit in Zusammenhang stehender Revision der ZPO (20.026). Die meisten Erlasse des Bundes erlauben die Zustellung von fristsetzenden Mitteilungen (z.B. Gerichtsurteil, Vertragskündigung uam.) mit gewöhnlicher Post. Erfolgt die Zustellung am Samstag, beginnt nach geltendem Recht die Frist bereits am Sonntag zu laufen. Ob die Empfängerin oder der Empfänger tatsächlich Kenntnis von der Mitteilung genommen hat, ist nicht relevant. Die Zustellung an einem Samstag kann zu Nachteilen führen, wenn die Empfängerin oder der Empfänger abwesend ist. Bei verspäteter Kenntnisnahme geht die entsprechende Anzahl Tage der Frist verloren. Es besteht die Gefahr, eine Frist zu verpassen und dadurch einen Nachteil zu erleiden.

Neu soll die Zustellung gemäss revidierter Zivilprozessordnung (20.026) einer Sendung an einem Samstag, einem Sonntag oder einem anerkannten Feiertag durch gewöhnliche Post erst am nächsten Werktag als erfolgt gelten. Die Motion 22.3381 will die für die ZPO gefundene Lösung auf alle anderen

Erlasse übertragen, die ebenfalls Regeln zur Fristenberechnung enthalten. Die einschlägigen Bundesgesetze werden revidiert.

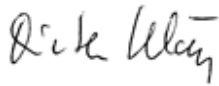
Die Bestimmung, dass die Zustellung einer Sendung an einem Samstag, Sonntag oder einem am Gerichtsort vom Bundesrecht oder vom kantonalen Recht anerkannten Feiertag durch gewöhnliche Post erst am darauf-folgenden Werktag als erfolgt gilt, verspricht gerade für Unternehmen mehr Rechtssicherheit und vereinfacht den Rechtsverkehr. Als Empfänger von fristsetzenden Erlassen werden sie tendenziell bessergestellt. Der sgv unterstützt diese Fristenharmonisierung.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Gewerbeverband sgv



Urs Furrer
Direktor



Dieter Kläy
Ressortleiter

Eidg. Justiz- und Polizeidepartement EJPD
Herr Bundesrat Beat Jans
3003 Bern

per Mail an:
cornelia.perler@bj.admin.ch

Bern, 08.05.2024

Bundesgesetz über die Zustellung von Sendungen an Wochenenden und Feiertagen: Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Besten Dank für die Einladung zur oben erwähnten Vernehmlassung. Der SGB nimmt dazu im Folgenden gerne Stellung.

Die Schweizerische Post bietet seit geraumer Zeit die Versandmethode "A-Post Plus" an. Damit werden Sendungen auch samstags nachverfolgbar zugestellt, jedoch ohne Empfangsbestätigung. Dies kann bei Sendungen, die eine rechtliche Frist auslösen, wie zum Beispiel Kündigungen oder Gerichtsurteile, mit Nachteilen verbunden sein. Denn heute beginnt die entsprechende Frist am Tag nach der Zustellung, also am Sonntag, zu laufen. Am nächsten Werktag, also am Montag, läuft diese Frist bereits, womit dem/der EmpfängerIn weniger Zeit bleibt und die Gefahr des Erleidens eines Rechtsverlusts steigt.

Um bei diesem spezifischen Problem Abhilfe zu schaffen, sollen mit dem hiermit vorgeschlagenen neuen Bundesgesetz all jene Erlasse, die Regeln zur Fristenberechnung enthalten, mit einer Bestimmung ergänzt werden, wonach Postsendungen, die an einem Samstag, einem Sonntag oder einem Feiertag überbracht werden, rechtlich erst am folgenden Werktag als zugestellt gelten. Für Erlasse, die zwar Fristen setzen, aber keine Berechnungsregeln enthalten, soll eine Auffangordnung im bereits bestehenden «Bundesgesetz über den Fristenlauf an Samstagen» geschaffen werden.

Der SGB kann dieser vorgeschlagenen zweistufigen Lösung und damit dem «Bundesgesetz über die Zustellung von Sendungen an Wochenenden und Feiertagen» einhellig zustimmen.

In diesem Sinne hoffen wir auf die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und danken Ihnen im Voraus herzlich.

Freundliche Grüsse

SCHWEIZERISCHER GEWERKSCHAFTSBUND

A stylized, handwritten signature in blue ink, consisting of several fluid, connected strokes.

Pierre Yves Maillard
Präsident

A handwritten signature in black ink, featuring a cursive 'R' followed by 'eto Wyss'.

Reto Wyss
Zentralsekretär

Eidgenössisches Justiz- und Poli-
zeidepartement EJPD
3003 Bern

Elektronisch an:
cornelia.perler@bj.admin.ch

Bern, 1. Mai 2024

Bundesgesetz über die Zustellung von Sendungen an Wochenenden und Feiertagen

Antwort der Schweizerischen Volkspartei (SVP)

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit der Versandmethode «A-Post Plus» stellt die Schweizerische Post Sendungen auch am Samstag nachverfolgbar zu. Dies kann für den Empfänger mit Nachteilen verbunden sein. Um diese Problematik zu beheben, hat der Gesetzgeber mit der Revision der Zivilprozessordnung eine neue Zustellungsregel eingeführt. Danach gilt die Zustellung von fristsetzenden Mitteilungen an Wochenenden oder Feiertagen mit gewöhnlicher Post erst am folgenden Werktag als erfolgt.

Mit der vorliegenden Vernehmlassungsvorlage soll die für die Zivilprozessordnung gefundene Lösung auf alle anderen Erlasse übertragen werden, die Regelungen zur Fristenberechnung enthalten. Damit gelten künftig in der ganzen Rechtsordnung des Bundes dieselben Regeln für die Zustellung von fristsetzenden Sendungen.

Die Vorlage setzt die Motion 22.3381 um, welche im Nationalrat einstimmig angenommen wurde. Die SVP unterstützt die Harmonisierung der Fristenberechnung. Nicht nur gehen die Empfänger keine Gefahr mehr ein einen Rechtsverlust zu erleiden, auch die Praxis profitiert von einer einfacheren, einheitlichen Umsetzung.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI

Der Parteipräsident

Der Generalsekretär



Marcel Dettling
Nationalrat



Henrique Schneider



Sozialdemokratische Partei der Schweiz / Parti Socialiste Suisse

Zentralsekretariat / Secrétariat central

Theaterplatz 4, 3011 Bern

Postfach / Case postale, 3001 Bern

Tel. 031 329 69 69 / cecile.heim@spschweiz.ch

www.spschweiz.ch / www.pssuisse.ch

An
Bundesamt für Justiz BJ
Bundesrain 20
3003 Bern
Per Mail an: cornelia.perler@bj.admin.ch

Bern, 02. Mai 2024

Bundesgesetz über die Zustellung von Sendungen an Wochenenden und Feiertagen: Stellungnahme der SP Schweiz

Sehr geehrter Herr Bundesrat,
Sehr geehrte Damen und Herren

Besten Dank für die Einladung zur Teilnahme an der obenstehenden Vernehmlassung. Gerne unterbreiten wir Ihnen die folgende Stellungnahme.

Die meisten Erlasse des Bundes erlauben die Zustellung von fristsetzenden Mitteilungen (z. B. eine behördliche Verfügung) mit gewöhnlicher Post wie z. B. «A-Post-Plus». Erfolgt die Zustellung am Samstag, beginnt nach bisherigem Recht die Frist am Sonntag zu laufen. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Empfängerin oder der Empfänger tatsächlich Kenntnis von der Mitteilung genommen hat. Dies kann für die Empfängerin oder den Empfänger mit Nachteilen verbunden sein.

Zur Behebung dieser Nachteile sieht die revidierte Zivilprozessordnung vor, dass die Zustellung einer Sendung an einem Samstag, einem Sonntag oder einem anerkannten Feiertag durch gewöhnliche Post erst am nächsten Werktag als erfolgt gilt. Mit der vorliegenden Vernehmlassungsvorlage soll die für die Zivilprozessordnung gefundene Lösung auf alle

anderen Erlasse übertragen werden, die Regelungen zur Fristenberechnung enthalten. Damit gelten künftig in der ganzen Rechtsordnung des Bundes dieselben Regeln für die Zustellung von fristsetzenden Sendungen.

Die SP Schweiz unterstützt Harmonisierung der Fristen sowie die Behebung der Nachteile von Zustellungen an Wochenenden oder Feiertagen. Aus diesem Grund befürwortet die SP Schweiz die vorliegende Gesetzesvorlage.

Wir danken für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

SP Schweiz



Mattea Meyer
Co-Präsidentin



Cédric Wermuth
Co-Präsident



Cécile Heim
Politische Fachreferentin



8750 Glarus, 26. April 2024

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement
3003 Bern

Vernehmlassung zum Bundesgesetz über die Zustellung von Sendungen an Wochenenden und Feiertagen

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir beehren uns, Ihnen zur titelvermerkten Gesetzesvorlage unsere Stellungnahme zukommen zu lassen.

1. Ausgangslage

Die Versandart «A-Post Plus» gibt es zwar erst seit etwa fünfzehn Jahren, sie hat aber einen unnötigen gesetzgeberischen Aktivismus ausgelöst. So wird mit dem neuen Artikel 142 Abs. 1^{bis} der Zivilprozessordnung (ZPO) eine neue Zustellungsfiktion eingeführt: Erfolgt die Zustellung einer Sendung an einem Samstag, einem Sonntag oder einem [...] anerkannten Feiertag durch gewöhnliche Post, so gilt die Mitteilung [erst] am nächsten Werktag als erfolgt. Die Revision der ZPO tritt auf den 1. Januar 2025 in Kraft. Zur Begründung wurde angeführt, dass sich ein Empfänger über den Zeitpunkt der Zustellung mit «A-Post Plus» irren könne (z. B. irrtümlich am Montag statt effektiv am Samstag). Eine Samstagszustellung könne zu einem Rechtsverlust führen (Erläuternder Bericht S. 9 f.).

2. Fraglicher Nutzen der neuen Regelung

Ein Irrtum über die Zustellung einer Sendung mit «A-Post Plus» lässt sich vermeiden, indem der Zustelltag elektronisch unter <https://www.post.ch/de/empfangen> abgerufen wird. Bei einer Zustellung mit gewöhnlicher Post (mittlerweile A-Post oder B-Post) lässt sich der Zustelltag zwar nicht eruieren, doch hat sich bisher nie jemand daran gestört.

Der Nutzen der neuen Regelung ist ohnehin beschränkt, es ergibt sich nur ein «Gewinn» von einem oder zwei Arbeitstagen. Der «schlimmste Fall» ist nicht die Zustellung mit «A-Post Plus» an einem Wochenende, sondern die eingeschriebene Zustellung an einem Freitag; dann stehen effektiv nur sechs Arbeitstage unter der Woche zur Verfügung (vgl. die Varianten 6, 12, 13, 19 und 20 in der beiliegenden Tabelle, noch schlimmer die Variante 22).

3. Neue Zustellformen werden die «A-Post Plus» ersetzen

Mit dem Bundesgesetz über die Plattformen für die elektronische Kommunikation in der Justiz (BEKJ) werden sich elektronische Zustellformen etablieren, bei welchen kein Irrtum über den Fristbeginn mehr möglich ist. Auch die Kantone setzen für das kantonale Recht vermehrt auf die elektronische Kommunikation, weshalb von diesen nicht erwartet werden kann, dass sie mehrheitlich nachziehen (anders aber offenbar Genf und Waadt, Erläuternder Bericht S. 7). Der Kanton Basel-Landschaft hat aus Spargründen gar bewusst von einer eingeschriebenen Mahnung auf eine solche mit «A-Post Plus» umgestellt (Anpassung des Steuergesetzes, Vorlage 2012/221 vom 21. August 2012). Schliesslich setzt auch die Schweizerische Post AG vermehrt auf digitale Zustellformen.

4. Einheitliche Fristberechnung erodiert in der Schweiz

Die traditionelle und einheitliche Fristberechnung gemäss Art. 76 ff. OR, welche sich über mehr als ein Jahrhundert bewährt hat, wird leider zunehmend durchlöchert. Der Einbruch begann im Zivilprozessrecht mit BGE 138 III 610, mit welchem das Bundesgericht bei einer Zustellung während der Gerichtsferien einen fingierten Zustelltag nach Ablauf der Gerichtsferien einführt (Erw. 2.8 zu Art. 142 Abs. 2 ZPO), abweichend von der früheren Fristberechnung (vgl. z. B. ZR 95 Nr. 39a). Dies führte auch zu einer unterschiedlichen Berechnung von Monats- und Tagesfristen. Mit dem neuen Artikel 142 Absatz 1^{bis} ZPO wird eine weitere Fiktion eingeführt, welche nun im Grundsatz auf das ganze Bundesrecht ausgedehnt werden soll, aber mit Ausnahme des Strafprozessrechts (Erläuternder Bericht S. 7).

Mit dem vorgeschlagenen Bundesgesetz über die Zustellung von Sendungen an Wochenenden und Feiertagen wird das Ziel, die Fristberechnung schweizweit zu vereinheitlichen, gerade nicht erreicht, da die Vernehmlassungsvorlage aus kompetenzrechtlichen Gründen einzig das Bundesrecht berücksichtigt (Erläuternder Bericht S. 7).

5. Zurückbesinnung auf die traditionelle Fristberechnung gemäss Staatsvertrag

Das Europäische Übereinkommen über die Berechnung von Fristen (EuFrÜb, SR 0.221.122.3) gilt in seinem Anwendungsbereich für Fristen des Bundesrechts sowie des kantonalen und kommunalen Rechts. Diese Rechtseinheit wird mit der Vorlage durchbrochen.

Das Übereinkommen, abgeschlossen in Basel am 16. Mai 1972, kennt keine spitzfindige Aufspaltung des «dies a quo» in einen effektiven und einen fingierten Zustelltag. Übereinstimmend mit der traditionellen Fristberechnung in Art. 76 ff. OR geht es stillschweigend von der effektiven Zustellung aus. Bei der Fristberechnung nicht mitzählende Tage zwischen dem «dies a quo» und dem «dies ad quem» gibt es darin nicht. Ob der Entwurf mit dem Übereinkommen vereinbar ist (bejahend der Erläuternde Bericht S. 25), darf bezweifelt werden, zumal Vorbehalte zum Übereinkommen nicht zulässig sind (Art. 6 EuFrÜb).

Wir lehnen deshalb den Entwurf vollumfänglich ab. Kurzlebigen Erscheinungen in der Postlandschaft ist nicht mit einer aktivistischen Gesetzgebung zu begegnen. Warten ist hier weiser.

Im Rahmen einer nächsten Revision ist Artikel 142 Absatz 1^{bis} ZPO aufzuheben und die Fristberechnung im Zivilprozess dem erwähnten Übereinkommen anzupassen. Dann wäre die Rechtseinheit wiederhergestellt, über alle drei Staatsebenen hinaus.

Erhebt der Gesetzgeber den Entwurf zum Gesetz, ist das Übereinkommen zu kündigen.

Genehmigen Sie, hochgeachteter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Freundliche Grüsse

Für die Verwaltungskommission der Gerichte

Dr. jur. Petra Hauser

lic. iur. Erich Hug

Obergerichtspräsidentin

Generalsekretär

Beilage: Tabellarische Ansicht zur (inzwischen komplexen) Fristenberechnung

E-Mail an (PDF- und Word-Version): cornelia.perler@bj.admin.ch

**Varianten bei Zustellungen mit «A-Post Plus»
bei einer Frist von zehn Tagen**

Variante	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr			Tage total	Sa und So	Tage Mo - Fr	«Gewinn»
Alte Regelung, mit Fristbeginn immer am folgenden Tag, auch wenn dieser ein Samstag oder Sonntag ist																									
1	Z	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1										10	2	3	
2		Z	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1									10	2	3	
3			Z	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1			12	4	3	
4				Z	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1			11	4	7	
5					Z	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1			10	4	6	
6						Z	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1			10	3	7	
7							Z	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1			10	2	3	
Alte und neue Regelung, bei eingeschriebener Zustellung, die bei Postfachadressen auch an einem Samstag erfolgen kann																									
8	Z	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1										10	2	3	
9		Z	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1									10	2	3	
10			Z	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1			12	4	3	
11				Z	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1			11	4	7	
12					Z	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1			10	4	6	
13						Z	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1			10	3	7	
Neue Regelung, mit fingierter Zustellung immer am nächsten Werktag, wenn die Zustellung mit gewöhnlicher Post am einem Samstag oder Sonntag erfolgt																									
14	Z	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1										10	2	3	keiner
15		Z	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1									10	2	3	keiner
16			Z	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1			12	4	3	keiner
17				Z	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1			11	4	7	keiner
18					Z	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1			10	4	6	keiner
19						Z		Z F	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1			10	2	3	zwei Tage
20							Z	Z F	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1			10	2	3	ein Tag
Sonderfall Zustellung vor dem Osterwochenende																									
21				Z	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1			11	6	5	keiner
Sonderfall Zustellung am Freitag, 22. Dezember 2028																									
22					Z	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1			12	8	4	keiner
	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr						

Z	Zustellung effektiv
Z F	Zustellung fingiert
1	Fristenlauf von Montag bis Freitag in Tagesschritten
1	Fristenlauf an Samstagen und Sonntagen oder Feiertagen in Tagesschritten
	Kein Fristenlauf (leeres Feld)

Gerichtsferien nicht berücksichtigt